



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KZ 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 11. November 1922.

Nr. 265.

Demokratie und Staatsverwaltung.

Als die Arbeiterbewegung noch klein und von wenig Einfluß auf die Gestaltung des Schicksals der Staaten war, ging das Bestreben der Arbeiterklasse dahin, durch die Demokratisierung der Gesetzgebung, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, jenen Einfluß zu gewinnen, der der Arbeiterklasse kraft ihrer Zahl und ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß gebührt. Als dann die Arbeiterklasse in einem gewaltigen, jahrzehntelangen dauernden Kampf das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich erstritten hatte, wandte sich die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie der Verwaltung zu und man erkannte, daß die Demokratisierung der Gesetzgebung ohne Demokratisierung der Verwaltung Stückwerk sei. Um die Demokratisierung der Verwaltung kämpften wir schon im alten Oesterreich, und der Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, der im September 1913 in Teplitz stattfand, beschäftigte sich nicht nur mit dem Kampf um das gleiche Wahlrecht in den böhmischen Landtag, sondern auch mit der Demokratisierung der böhmischen Landesverwaltung, um ihre Durchdringung mit sozialem Geist, um die Ersetzung der bürokratischen durch die soziale Verwaltung.

Man hätte glauben können, daß mit der Errichtung der tschechoslowakischen Republik nicht nur der Sieg der Demokratie auf dem Gebiete der Gesetzgebung, sondern auch die vollkommene Demokratisierung der Verwaltung einhergehen werde, die Ersetzung der bürokratischen Staatsverwaltung durch die Selbstverwaltung der Bevölkerung. Aber wie die tschechische Demokratie überall auf halbem Wege stehen geblieben ist, wie sie im Parlament eine undemokratische, die Meinungsfreiheit der Opposition knebelnde Geschäftsordnung geschaffen hat, so ist es mit der in der Regierungserklärungen der ersten Ministerpräsidenten dieses Staates angefügten Demokratisierung der Verwaltung. Auf wenigen Gebieten hat sich die Republik so wenig entösterreichert, wie auf dem der Staatsverwaltung. In der Lokalverwaltung erster Instanz sieht noch immer der alte österreichische, nunmehr rot-weiß angestrichene Bezirkshauptmann, der volksfremde Beamte, für den die Tätigkeit in der Bezirkshauptmannschaft nur ein Weg zu den höheren Stellen in den Ministerien bildet. Die zweite Instanz soll nach dem Gesetz über die Errichtung von Gaubehörden ebenfalls ein ernannter Beamte sein, der Gauhauptmann, ein kleiner Statthalter, der in allen wichtigen Fragen gegenüber der gewählten Gauvertretung Vetorecht hat. Geblieben sind auch die ehemaligen Statthaltereien, die nun politische Landesverwaltungen heißen und deren Widerspruch schon daraus hervorgeht, daß sie sich über ganz ungleiche Gebiete erstrecken. Die politische Landesverwaltung in Böhmen hat fast sieben Millionen Einwohner zu verwalten, die in Schlesien nur den zehnten Teil, kaum 700.000. Die politische Landesverwaltung Böhmens ist fast so groß wie das ihm übergeordnete Ministerium des Innern und ist auch sachlich so gegliedert wie die Behörde letzter Instanz — was ein verwaltungstechnisches Übel ist.

Aber auch das ärgste Übel der Verwaltung des alten Oesterreich, die Doppelverwaltung, das Nebeneinanderbestehen von landesfürstlicher und autonomer Verwaltung hat die junge Republik noch immer nicht beseitigt. Einerseits gibt es den Instanzenzug von der Bezirkshauptmannschaft über die politische Landesverwaltung zum Ministerium, andererseits von der Gemeinde über die Bezirksverwaltungscommission in die Landesverwaltungsaußenbehörde. Nun hat die tschechoslowakische Republik nicht, wie man annehmen sollte, den Wirkungsbereich der autonomen Verwaltung vergrößert und den der bürokratischen Selbstverwaltung eingeschränkt, sondern umgekehrt, die Selbstverwaltung ist in jeder Hinsicht gedrosselt worden und die bürokratische Verwaltung gewinnt immer mehr an Boden. Insbesondere die Kompetenz der Gemeinden wird ständig eingeschränkt, sowohl

Ein Gutachten über die Marktstabilisierung.

Vorschläge: Kredit von 500 Millionen Goldmark, neue Währung, Kürzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit.

Berlin, 10. November. (Wolff.) In dem gestern der Reichsregierung übergebenen Gutachten von Bissering, Dubois und Ramentka heißt es: Eine dauernde Stabilisierung der Mark sei so lange nicht zu erreichen, als die Papierinflation nicht aufhöre und die Zahlungsbilanz passiv bleibe. Zur Erreichung der Marktstabilisierung müssen die Inflationsursachen durch strenge Sparbarkeit im Reichshaushalte ausgeglichen werden. Ferner müßten die beträchtlichen Fehlbeträge aus der Zahlungs- und Handelsbilanz verschwinden, die erstens daher kommen, daß die Ausfuhr infolge Verringerung der Produktionskraft nachgelassen hat, zweitens, weil die Einfuhr deutscher Waren ins Ausland behindert wird, drittens, weil die Einfuhr fremder Waren nach Deutschland, die infolge der Neigung zum Angeben der wertlosen Mark und infolge der Notigung, gewisse fremde Waren in Deutschland zuzulassen, ferner infolge des Lockes im Westen und der vermehrten Einfuhr von Getreide sowie der dauernden Einfuhr von Kohle abnorm zugenommen hat, viertens, weil das deutsche Kapital ins Ausland geflossen ist und fünftens, weil die Barzahlungen und Sachleistungen auf das Reparationskonto brüden. Sobald diese Voraussetzungen erfüllt sind, sei es notwendig, einen neuen Wertmesser,

eine neue Goldmark, gleich ein Zehntel der Friedensgoldmark, zu schaffen, eine Geldbank zur Stabilisierung der Mark mit einem von der Reichsbank zu liefernden Grundkapital von 100 Millionen Goldmark zu errichten und als deren Vorläufer ein Komitee aus Vertretern des Finanzministeriums, der ausländischen Geldgeber und der Reichsbank einzusetzen.

Ferner sei es nötig, einen Kredit von 500 Millionen Goldmark in der bisherigen Währung aufzubringen, der zur Verfügung der Geldbank bleiben muß, und einen Ausgleich im Staatshaushalte und der Handels- und Zahlungsbilanz durch Verringerung der Ausgaben in der ganzen Verwaltung, Vermehrung der Produktion aufgrund verbesserter Arbeitsmethoden und eventueller Verlängerung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Arbeitslöhne zu schaffen.

Schließlich müßten die Reparationsleistungen aufgehoben werden, bis sie aus dem Ueberschuß des Staatshaushaltes bezahlt werden können. Wenn die Hoffnung begründet sei, daß die eben genannten Voraussetzungen sich in nicht allzu ferner Zeit erfüllen können, so könne und müsse, u. zw. sofort der Versuch einer provisorischen Stabilisierung unternommen werden, wozu der Geldbank der gesamte Ausländerkredit und ein wenigstens gleich hoher Betrag der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden müßte.

Das Elend in Deutschland.

Berlin, 10. November. Für nächste Woche ist vom Berliner Magistrat der Preis für einen Liter Milch mit 138 Mark, also das 700fache des Friedenspreises, festgesetzt worden. Das marktfreie Brot wird in der nächsten Woche 400 Mark kosten. Wie die „Kote Fahne“ mitteilt, kam es heute im Norden Berlins zu Lebensmittellunten. Eine meistens aus Frauen bestehende Menge drang in einen Lebensmittelladen und raubte die dort befindlichen Brote.

Die Teuerung in Berlin.

Berlin, 10. November. (Eigenbericht.) Die Teuerung nimmt immer schlimmere Folgen an. Milch kostet 138 Mark der Liter, marktfreies Brot 400 Mark, Brötchen 20 Mark, der Straßentaxi ab Anfang der nächsten Woche 30 Mark. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Ar-

nach der rein verwaltungstechnischen als auch nach der finanziellen Seite. Das Erbübel des alten Oesterreich, das Fehlen der Einheitlichkeit der Staatsverwaltung, von allen im alten Oesterreich fortschrittlich geminteten Elementen als dringende Staatsnotwendigkeit erkannt, ist gleichfalls noch nicht beseitigt. Noch immer haben die einzelnen Tätigkeitsgebiete der politischen Verwaltung einen anderen Sprengel. So ist der Gerichtsbezirk verschieden vom Ergänzungsbezirk, der Steueramtsbezirk nicht derselbe wie der Unterrichtsbezirk, die Wirtschaftsverwaltung (Handelskammerbezirk, Gewerbeinspektion, Forstbezirk) deckt sich nicht mit der politischen Verwaltung. Auch von der tschechoslowakischen gibt das berühmte Wort, das im englischen Parlament im Jahre 1871 der Berichterstatter über die Verwaltungsreform ausgesprochen hat: „Wir haben ein Chaos von Behörden, ein Chaos von Steuern, ein Chaos von Verwaltungs-sprengeln.“

Mehr als 30 Jahre sind es bereits, daß in England die große Verwaltungsreform durchgeführt wurde, durch die die politische Verwaltung den geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts angepaßt wurde. Was in England in den Jahren 1871 bis 1894 geschehen ist, war nichts anderes, als die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf dem Gebiete der politischen Verwaltung, die Beseitigung aller Reste

beiter, Angestellten und Beamten, haben beim Reichskanzler wegen einer neuen Teuerungssaktion der Regierung vorgeschrien.

Am Devisenmarkt herrschte infolge der Rede des französischen Ministerpräsidenten und der Haltung Hugo Sinnes', der sich gegen die Stabilisierung der Mark ausgesprochen hat, neuerlich wieder pessimistische Stimmung. Nachdem auf Grund der New Yorker Devisen eine Besserung der Mark eingeleitet hatte, erreichten der Dollar und die übrigen Devisen bald wieder die gestrige Höhe.

Den Banken geht es gut.

Berlin, 10. November. Die außerordentliche Generalversammlung des tschechoslowakischen Bankvereins in Berlin hat eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 250 Millionen Mark beschlossen. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium zu 130 Prozent übernommen und sind am 1. Jänner 1923 dividendenberechtigt.

des feudalen Herrschaftssystems im Staate. Es ist charakteristisch, daß wir in der tschechoslowakischen noch nicht so weit sind, daß die glänzenden Erfahrungen, die man mit der englischen Selbstverwaltung gemacht hat und die Vorbildlich für die ganze Welt sein könnten, nicht berücksichtigt werden, wie in Lösung aller Probleme, in der Währungs- und Steuerfrage, vermischt man auch in der Lösung des Verwaltungsproblems, wie es das Gesetz über die Gauverfassung darstellt, jeden großen Zug und es ist keine Spur von der wahren Demokratie, von der hierzulande viel geredet, in deren Geiste aber wenig gehandelt wird, vorhanden. Das tschechische Volk war zwar stark genug im Bunde mit den Siegern im Weltkrieg, die Dynastie Habsburg-Lothringen zu beseitigen, aber die demokratischen Elemente des tschechischen Volkes erwiesen sich den kapitalistisch-reaktionären Strömungen gegenüber als zu schwach, um die bürokratische Staatsverwaltung der ehemaligen Landesfürsten zu beseitigen und an ihre Stelle die demokratische Selbstverwaltung zu setzen. Neben der bürokratischen Staatsverwaltung verblühen sogar die letzten Reste der autonomen Verwaltung, dieser Errungenschaft des Bürgerturns aus Oesterreichs Verfassungsära. Wie sehr dies der Fall ist, wollen wir nächstens einmal auschnittsweise zeigen, nämlich an den Landesverwaltungscommissionen in den historischen Ländern in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Polen und Ukrainer.

(Von einem ukrainischen Genossen.)

In Ostgalizien hat sich die nationale, das ist die polnisch-ukrainische Frage scharf zugespitzt. Die eigentliche Grundlage dieses Kampfes ist eine soziale, denn er dreht sich tatsächlich um den Bestand, beziehungsweise die Liquidation des Großgrundbesitzes oder besser gesagt der Ueberreste der Feudalherrschaft in diesem Lande. Aufschlaggebend ist dabei die Tatsache, daß der Großgrundbesitz in den Händen des polnischen Adels ist und daß dem Großgrundbesitz eine geschlossene Masse von beinahe vier Millionen ukrainische Bauern gegenübersteht, in denen nur der berechtigteste Wunsch vorherrscht, den von ihnen seit Jahrhunderten bearbeiteten Boden in ihre Hände zu bekommen. Das ist der Schlüssel zur Beurteilung der ganzen Situation, insbesondere aber zur Beurteilung der Stellung des ukrainischen Bauernvolkes Ostgaliziens gegenüber der polnischen Okkupation, gegenüber dem Kolonisationsplan der polnischen Regierung, gegenüber den Wahlen zum Warschauer Parlament usw. Demgegenüber beabsichtigt die polnische Regierung einmal, die Angelegenheit Ostgaliziens auf diplomatischem Wege mit einem „fait accompli“ zu erledigen und überdies versucht sie, in der ukrainischen Gesellschaft gewisse Kräfte herauszufinden, die zu einem „Ausgleich“ bereit wären. Doch haben sich bisher nur sehr wenige derartige Leute gefunden, und meistens solche, die von keiner Bedeutung im ukrainischen Nationalleben sind. Auf die zweitgenannten, oft mit gewaltsamen Mitteln arbeitenden Bestrebungen der polnischen Regierung haben die Ukrainer mit Gewalt geantwortet, wovon die zahlreichen Akte der Agrarterrorors zeugen, die in letzter Zeit verzeichnet wurden, so Angriffe auf Weichhöfe der polnischen Adligen und auf diejenigen vereinzelt Ukrainer Ostgaliziens, welche zum Ausgleich mit den Polen bereit wären. Die polnische Regierung bezieht dabei auswärtige Mächte, die Tschechoslowakei, Sowjet-Rußland u. a., der Hilfe, griff aber vor allem, weil sie die Haltlosigkeit dieser Anschuldigungen kennt, zu Repressionen. Je mehr die Wahlen sich nähern, desto größer werden die Repressionen. In letzter Zeit sind wir Zeugen massenhafter Verhaftungen der ukrainischen Intelligenz, hauptsächlich aber der Studenten, in sämtlichen Städten Ostgaliziens, besonders aber in Lemberg.

Für die polnische Okkupationsgewalt ist es eben eine schwere Aufgabe, die Situation zu beherrschen, wovon die Machtlosigkeit der Regierung gegen die in den jüngsten Wochen eintreffenden Bandeneinfälle in Ostgalizien das beste Zeugnis ablegt. Von diesen Banden, deren Aktion sich wiederum gegen den Großgrundbesitz wendete, konnte nicht eine einzige ergriffen werden, alle haben sich unbehelligt hinter den Herd zurückgezogen.

In Mitten dieser Situation spielt sich eine ganz außerordentliche Sache im Gerichtssaal des Lemberger Kreisgerichtes ab: anlässlich des politischen Prozesses gegen Fedak und Genossen. Der Angeklagte Fedak leugnet die Behauptung des Anklägers, daß er am 25. August 1921 in Lemberg gegen die Person des Präsidenten Pilsudski ein Attentat verübt habe. In seiner Verteidigungsrede, die wirklich als ein politisches „plaidoyer“ angesehen werden muß, schildert Fedak die jetzigen Umstände, die sein Handeln bestimmt haben. Nach der Liquidierung der Armee der ukrainischen Volksrepublik, in welcher er als Offizier des Stabes Pilsudskys den Rückzug der polnischen Truppen in der Ukraine 1920 bedachte, sollte er ins Ausland reisen, um seine Studien als aktiver Offizier fortzusetzen. Unter dessen nahm er an einer geheimen ukrainischen Militärorganisation „Wolska“ teil, welche bezweckte, die ukrainische Armee für den Fall vorzubereiten, wenn die polnischen Gesellschaftskreise sich einer eventuellen, für die Ukrainer günstigen Entscheidung der ostgalizischen Frage mit Waffengewalt widersetzen würden. Die Geschmisse in den Interniertenlagern, die Verfolgungen der ukrainischen Universität in Lemberg durch die Polizei, und schließlich die Teilung Ostgaliziens in drei Wojewodschaften haben Fedaks Handeln entschieden. Der Angeklagte behauptet, gegen den Willen seiner Organisationsgenossen vorgegangen zu sein. Er wollte das Attentat in Anwesenheit des Präsidenten Pilsudski ausführen und in Pilsudskis Hände den Revolver mit einer Erklärung der Motive seiner Tat legen. Die Umstände waren aber für diesen Plan ungünstig. Den Wojewoden Grabowski sah der Angeklagte als

Bürgerliche Sammlung in Deutschland.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft fordert die Zugelung der Deutschen Volkspartei zur Regierung. — Ein arbeiterfeindliches Wirtschaftsprogramm.

Berlin, 10. November (Eigenbericht). Da die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten in den wirtschaftspolitischen Fragen stärker geworden sind, hält die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft die Stunde für gekommen, in der sie die Einbeziehung der deutschen Volkspartei, die die arbeiterfeindlichsten Industrieerfreie vertritt, in die Regierung fordern zu dürfen glaubt. Führer der sogenannten „großen Koalition“ soll der Reichskanzler Doktor Brüning sein, das wünschen nicht nur Demokraten und Zentrum, damit ist auch die Volkspartei einverstanden.

Heute besprach die demokratische Reichstagsfraktion die politische Lage und stellte dabei ein Wirtschaftsprogramm auf. In der Sitzung wurden heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet und es wurde beschlossen, dem Kanzler gegenüber das Verlangen nach Verwirklichung der großen Koalition bis zur Eröffnungssitzung am Dienstag zum Ausdruck zu bringen.

In dem Wirtschaftsprogramm der Demokraten wird ein mehrjähriges Moratorium der Sachlieferungen, die Stabilisierung der Mark durch eine Stützungsaktion mit Hilfe ausländischer Kredite unter Mitwirkung der Reichsbank, die Re-

gelung der Löhne nach der Arbeitsleistung, die Differenzierung zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern verlangt. Die Demokraten fordern weiter wegen Vergrößerung der Arbeitsleistungen die Zulassung einer freien Vereinbarung über die Verlängerung der Arbeitszeit, Entlassung der Erwerbslosenunterstützung durch eine Arbeitslosenversicherung, Abbau der Zwangswirtschaft, vollständige Beseitigung der Mietbewirtschaftung, keine Eingriffe in die Privatlandwirtschaft.

Diese Forderungen unterscheiden sich kaum von denen der Stinnespartei. Von den Arbeitern verlangt man die Verlängerung der Arbeitszeit, es wird aber kein Wort davon gesprochen, daß die Unternehmer zur Steuerung der Not beitragen sollen. Der kapitalistische Charakter der Demokraten zeigt sich besonders in der Forderung nach der freien Wirtschaft.

Die sozialdemokratische Partei wird gegenüber dem Drängen der bürgerlichen Parteien nach Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft die Forderungen des Sozialismus betonen müssen. Die nächste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wird alles Nötige dazu tun.

Inland.

Dr. Urbensky gegen die Koalition. Am 5. November hat der Abgeordnete Dr. Urbensky in Smereco eine Rede gehalten, die das „Ceste Slovo“ veröffentlicht und die zeigt, daß sich die- re Abgeordnete tatsächlich an die Spitze der Opposition seiner Partei gestellt hat. Während das „Ceste Slovo“ am Jahrestage der russischen Revolution einen Artikel veröffentlicht, in dem die Bolschewiken die Revolution als ein für das Slawentum trauriges Zeichen hinstellen, rühmt Dr. Urbensky die Revolution und bezeichnet sie als eine ungeheure Tat. Er behandelte sodann die innerpolitische Lage und besprach die Folgen der internationalen Koalition. Hierbei sagte er u. a.: Ich behaupte, daß die Krise nicht so groß wäre, wenn der Vorgang der bürgerlichen Parteien ein anderer wäre und erkläre offen, daß dieser bisherige Vorgang zum Untergange führen müßte. Ich verweise auf das Gesetz über die Gemeindefinanzwirtschaft, in das ein Satz eingeschmuggelt wurde, der verursacht, daß wir heute hören, daß die Gemeinden wirtschaftlich ruiniert seien. Dies wurde absichtlich von den Bürgerlichen so vorbereitet, welche beweisen wollen, daß die Sozialisten unfähig sind, die Gemeinden zum Aufblühen zu bringen. Im Kampfe der Bergleute haben die Politiker der bürgerlichen Parteien die Finger im Spiele. Sie versuchen, die Gewerkschaftsorganisationen zu zerschlagen, damit sie mit den Arbeitern machen können, was sie wollen. — Redner wandte sich dann der tschechischen Sozialdemokratie zu, von der er behauptet, daß sie kein Rückgrat besitze. Ueber einen eventuellen Austritt aus der Koalition sagt er: Allen bürgerlichen Parteien muß klar sein, daß wir uns freie Hände in unserer Handlungsweise lassen, daß wir mit der sozialistischen Partei verhandeln werden, welche wir für gut befinden. Die Arbeitgeber gründen Verbände mit den Deutschen und kümmern sich nicht darum, was dazu die patriotische Öffentlichkeit sagt. Bei Eintritt in die Regierung haben wir den Vertretern der Bourgeoisie die Forderung vorgelegt, daß bis zu einem Jahre die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiterklasse Tatsache geworden sein muß, zu der bereits alles vorbereitet ist. Wenn

sie das nicht erfüllen, werden wir aus der Regierung gehen und dann müssen Rewahlen ausgeschrieben werden. Treffende Worte findet Urbensky gegen den Militarismus. Er sagt: Wir müssen konstatieren, daß sich in unserer Armee der alte österreichische Geist breit zu machen beginnt. Die hohe Führung ist Bürokraten anvertraut, welche sich damit nicht befassen können, daß die Aufgaben der heutigen Armee andere sind, als sie früher waren. Eine furchtbare Höhe hat die Ausgabenpost für die Manöver erreicht, welche von 40 Millionen auf 60 Millionen Kronen im heurigen Budget gestiegen ist. Im Ministerium für nationale Verteidigung lebt man auf hohem Fuß. Die ganze Führung der Administration des Ministeriums ist in der Hand der Bürgerlichen und so sind wir Zeugen dessen, daß die Geister, die das Ergebnis sind der positiven Arbeit der Bürgerschaft, verloren gehen und wieder in die bodenlosen Tiefen der Angehörigen der Bourgeoisieparteien fliehen. Ueber die Trennung von Kirche und Staat macht Urbensky folgende Enthüllung: Was hat man schon von der Trennung von Kirche und Staat geredet, aber es ist nicht gelungen, in dieser Frage vorwärts zu kommen. Die erste Regierung hatte bereits alles vorbereitet und es war damals Schuld des Sozialdemokraten Bechny, welcher mit Rücksicht auf die Slowakei nicht wollte, daß die Trennung durchgeführt wurde und so sind in unserer staatlichen Vorkaufslage große Posten für den Klerus ausgeworfen, welche zugunsten der Arbeitlosen verwendet werden könnten.

Das Schicksal des Antrages des Genossen Dr. Gsch. Wie der „Cas“ meldet, hat der „Zehnerausschuß“ der Parlamentsmajorität den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Tomasek aufgefordert, den Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenschaususses so herzurichten, daß er der Geschäftsordnung entspricht und Gegenstand der Verhandlung werden könnte. Aber dies sei nicht geschehen, denn der Zehnerausschuß hat später beschlossen, den Deutschen noch mehr entgegenzukommen. Er hat die Abgeordneten Johannis, Dr. Lufavsky und Stancl beauftragt, mit Dr. Gsch Verhandlung wegen eines anderen Form der Einbringung dieses Antrages zu pflegen. Der „Cas“ schließt: Den Antrag einfach zu verwerfen, scheint der Majorität allzu un-

angebracht. Wir können also noch andere interessante Begebenheiten erwarten.“ Die tschechisch-amerikanische „Libere Listy“ nehmen nunmehr auch zu dem Antrage der Opposition, den sie bisher totgeschwiegen haben, Stellung und meinen, daß in der tschechoslowakischen Republik jede Nation die nötigen Schulen bestimme, die Kinder erledigen alle Eingaben und verhandeln mit jedem in seiner Sprache. (2) Die Verfassung der tschechoslowakischen Republik gebe jeder Nation soviel Rechte, daß bei uns ein neues Gesetz zum Schutze der nationalen Minderheiten nicht nötig sei. Daher sei die Geste der Opposition ein Schlag ins Wasser.“ Man merkt es dem literarischen Blatte an, wie unangenehm ihm der Antrag auf die Herbeiführung des nationalen Friedens ist. Könnte doch einmal die Möglichkeit eintreten, daß eine sozialistisch-fortschrittliche Mehrheit die Trennung von Kirche und Staat nicht nur studiert, sondern durchführt. Auch die „Katodni Listy“ befaßen sich nunmehr mit dem Antrage und meinen, daß darüber kein Zweifel sein könne, daß in den Hauptsachen entschieden sei und unferem Staate der Stempel des Nationalstaates, wie wir uns ihn ohne Unterdrückung der Minorität vorstellen, aufgedrückt ist. Das Blatt findet es für notwendig, zu betonen, daß die Realisation der tschechischen Parteien in allen, was den Grundsätzen, in denen der Staat gebaut wurde und zu Ende gebaut werden muß, widersprechen würde, einzig sei. Ein übereilter Eingriff in die Kristallisation im deutsch-politischen Lager könnte als Schwäche der Koalition ausgelegt werden und würde einer dauernden Besserung des tschechisch-deutschen Verhältnisses nicht dienen. Es ist immerhin zu konstatieren, daß auch die tschechischen Nationaldemokraten Wasser in ihren Wein gießen.

Der Berliner „Vorwärts“ über unseren Ausgleichsantrag. In seinem gestrigen Morgenblatt drückt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter dem Titel „Ein deutsch-tschechischer Ausgleich“ einen längeren Teil des Artikels aus der Mittwochnummer des „Sozialdemokrat“ über den Dringlichkeitsantrag unserer Abgeordneten betreffend die Einsetzung eines Ausgleichsausschusses ab, und fügt daran folgende Bemerkungen: „Wer könnte aufrichtiger als wir reichsdeutschen Sozialdemokraten wünschen, daß dieser Versuch unserer Freunde drüben Erfolg habe! Wissen wir doch, daß der nationale Ausgleich in der Tschechoslowakei den Staat des für sich selbst so demokratischen und freiheitlichen Tschechenvolkes von dem Odium befreien würde, ein zweites Österreich zu sein.“

Nationaldemokratische Situationsberichte. In einer Versammlung, welche von der nationaldemokratischen Kreisorganisation in den Weinbergen-Prag am 9. d. M. im Weinberger Nationalhaus veranstaltet wurde, sprachen der Handelsminister Ing. Rova und Abg. Dr. Matoušek über die gegenwärtige Situation. Der Handelsminister erklärte u. a.: „Wenn wir unseren wirtschaftlichen Stand mit dem der Nachbar verglichen, brauchen wir nicht zu verzweifeln.“ Die Abwendung der Katastrophe von diesem Staat sei nur Dr. Maschin zu verdanken. Sowohl die Gaslonzer wie die Textilindustrie werde sich „bald erholen“. „Der Arbeiter merkt heute bereits unsere Krone besser und gibt deshalb Lohnnachlässe zu.“ Die Kohlenabgabe kann nicht ohne Deckung gestrichen werden.“ Schon diese Proben aus dem Inhalte der Ministerrede zeugen von der ungläublichen Naivität, mit der von Herrn Rova die schwierigsten Probleme der Gegenwart — übergangen werden. Daß Minister Rova unsere Lage als rosig ansieht, wenn er sie mit der der Nachbarstaaten vergleicht, ist begreiflich. Unverständlich ist nur, daß er nicht weiter zu denken sich bemüht. Offenbar unterläßt er das dem Dr. Maschin zuliebe, um ihn eben als Schöpfer der idealen Zustände im tschechoslowakischen Staate preisen zu können. Allerdings ist es nicht sehr

Von alten Zuchthäusern.

Das Zuchthaus ist von Anfang an keineswegs ausschließlich als Strafmittel gedacht. Seine Einführung ergab sich vielmehr seit dem Emporkommen des europäischen Industrialismus, also etwa seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, als eine unmittelbare Folge des ungenügend gesteigerten Bedarfs an industriellen Arbeitskräften. Hatte man bis dahin die unterhaltlosen Elemente der städtischen Bevölkerung in der Regel kurzerhand ausgewiesen, so versiel man nun, als mit der Zunahme der industriellen Gründungen die ökonomische Bedeutung einer arbeitswilligen Volksmasse immer fühlbarer wurde, auf die Idee, dem herrschenden Arbeitermangel dadurch abzuhelfen, daß man den defizienten Volkselementen gegenüber einen behördlichen Arbeitszwang ausübte. So suchte man das moralisch „Gute“ mit dem industriepolitisch „Nützlichen“ zu verknüpfen. Auf diese Doppelaufgabe weist schon die ursprüngliche Bezeichnung der neuen Einrichtung hin, die fast regelmäßig den Titel „Zucht- und Werkhaus“ führte. Alles herrenlose Bettlervolk, leichfertige Weiber und Supplerinnen, trogige Diensthöten und Handwerkerburden sollten dahingebredt und zu einer Tätigkeit angehalten werden, die nicht nur auf ihre moralische Besserung abzielte, sondern auch auf einen ganz bestimmten moralischen Nutzeffekt. In dieser allgemein üblichen Verquickung der Industrieerfrage mit der Zuchthausinstitution erblickten die Behörden nichts Unschönes. In einem Patent Friedrichs des Ersten von Preußen, das vom 10. November 1716 datiert ist, wird den Gewerken sogar ausdrücklich befohlen, auch solche junge Leute als Gefellen aufzunehmen, die das Verfertigen von

„Kronrosch“ im Zuchthause erlernen hätten. Diese Verquickung mag es auch sein, die, ganz abgesehen von der Furcht vor der drohenden gewerblichen Konkurrenz, im Handwerkerstande bis auf den heutigen Tag einen beinahe instinktiven Haß gegen die Zuchthausarbeit wach erhalten hat.

Arbeitshäuser sind immer zuerst dort entstanden, wo die handelspolitischen Bestrebungen der sogenannten merkantilistischen Wirtschaftsepochen am frühesten zur Ausbarmung aller verfügbaren Arbeitskräfte, zur systematischen Dezentralisierung eines einheimischen Industrieerzeugnisses hindrängten. Britannien ging hierin dem Festlande voran. Das erste Zuchthaus Englands und zugleich ganz Europas wurde schon zu Ende des 16. Jahrhunderts, im goldenen Zeitalter der Elisabeth, gegründet. Holland folgte dem Beispiel des handelspolitischen Rivalen und gab so den Anstoß zur Einführung der Zuchthäuser in Deutschland, vor allem in den Hansestädten Hamburg und Lübeck. Namentlich das Zuchthaus in Hamburg, der aufstrebenden Konkurrenz in Antwerpen im Handels- und Seeverkehr, war stets reich bevölkert. Es stimmt mit der ursprünglichen Auffassung von der Aufgabe des Zuchthauses durchaus überein, wenn man hier so weit ging, sogar die Kinder der Zuchthäuser in der Anstalt selbst unterzubringen. Solcher bedauernswerten Kinder gab es in Hamburg im Jahre 1725 etwa 2000. Sie standen genau so wie ihre Eltern unter der Aufsicht des Zuchthausleiters und wurden zu schweren, meist gesundheitschädlichen Arbeiten, wie zur Anfertigung von Noardecken, verwendet. Anzwischen hatte man auch in übrigen Deutschland mit der Errichtung von Zuchthäusern begonnen. In dem damals noch österreichischen Breslau war schon 1668 der Grundstein zu dem alten sogenannten „Zucht- und Gewerthause“ ge-

legt worden: charakteristischerweise also in Schlesiens, dem reichsten Industrielande des Kaiser. Im Jahre 1671 begann man mit der Errichtung des „Zucht- und Werkhauses“ in der ehemaligen Judenstadt zu Wien. Nach der Absicht seines Anregers und Gründers, des Westdeutschen Dr. J. J. Becher, sollten vor allem solche Leute hier strafweise untergebracht werden, die sich mit ihren Händen Arbeit selbst erhalten konnten. Die Ansichten Bechers über den eigentlichen Zweck eines Strazarbeitshauses sind für den Geist jener Gründungen überhaupt ungenügend bezeichnend. Er tadelt die Staatsmänner, die verordnen, daß man die Bettler aus dem Lande jage. Aber er tadelt sie nicht aus Humanität, sondern weil er es für die Aufgabe des Staates hält, jegliche Menschenkraft für seine Zwecke nutzbar zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt würde er es sogar für angeeignet halten, fremde Bettler ins Land zu rufen. Auch die Waisen, Hausarmen und lahrenden Leute, vor allem aber die „bösen Menschen“, Betrüger und Diebe möge man in Werkhäusern unterbringen. „Denn was nützt ein Dieb, der um fünfzig Gulden ist gehängt worden, sich aber diesem, dem er gestohlen, da er doch im Werkhaus in einem Jahr wol viermal so viel verdienen kann?“ Mit düren Worten: Die Geschicklichkeit, die der Dieb auf ungeschickliche Wegen praktizierte, soll dem Staat in geschickliche Bahnen gelenkt, sozusagen fruchtbringend angelegt werden.

So stand es um die moralische Begründung des Zucht- und Werkhauses. Auch mit den „Besserungsmitteln“ war es schlimm bestellt. Die Strafen beruhten natürlich auf den Prinzipien der Abschreckungstheorie. Sie bestanden hauptsächlich in der Entziehung des Essens, in der perfekten Rächtigung und in der Fesselung am Pranger. Auch das Herumführen auf dem „Hölzernen

Pferd“ war beliebt: der Delinquent mußte auf dessen scharfkantigen Rücken Platz nehmen und wurde während des Rittes vom Zuchtleiter mit der Peitsche bearbeitet. Das schlimmste aber war, daß man nicht nur Kinder, sondern oft auch Krüppel und Wahnsinnige zu den Verbrechern ins Zuchthaus steckte. So machte man die Zuchthäuser zu Pflanzstätten des Lasters, der Degeneration und des Irzsinns.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Bereits John Howard wies in seinem Werke „Zustand der Gefängnisse in England und Wales“ (1777) auf die furchtbaren Uebelstände in den Zucht- und Werkhäusern hin und bewirkte soviel, daß man fortan wenigstens die körperlichen Leiden der Insassen zu mildern suchte. Sein Buch, 1780 ins Deutsche übersetzt, fand auch auf deutschem Boden viel Anerkennung. Hier wirkten überdies Männer wie Bischof und Caspar Boght im Sinne einer Reform. Es machten sich schon damals Stimmen geltend, die für gänzliche Aufhebung der Zuchthäuser eintraten. So bemerkte ein Autor im „Jahrbuch der preussischen Monarchie“ von 1799 sehr treffend und durchaus im Sinne der modernen Rechtspflege: „Zucht- und Arbeitshäuser sind nur Scheinuren für die Menschheit und werfen kein empfehlenswertes Licht auf die ungünstigen Beförderer derselben.“ Der Verfasser tritt dafür ein, die Knaben und Mädchen in Lehr- und Industrieschulen zu vernünftigen Mitgliedern der Gesellschaft heranzubilden, die so der Notwendigkeit überhoben wäre, eine Verfestigung ihrer Ordnung mit den grausamsten Zwangsmitteln zu ahnden.

Dr. Max Adler (Dresden).

verständlich, wenn in einem Augenblick von einer Neubelebung der Industrie gesprochen wird, da die amtliche Mitteilung des Ministeriums für soziale Fürsorge vorliegt, wonach sich die Zahl der direkt unterstützten Arbeitslosen gegen den Vormonat fast verdoppelt hat. Angesichts dieser letzten Tatsache klingt es wie ein Scherz, wenn der Handelsminister erklärt, daß der Arbeiter deshalb Lohnnachlässe zugibt, weil er den Wert der Fischschrotte heute besser wertet. Kann man das noch "Naivität" nennen? Daß Minister Novak von der Streichung der Kohlenabgabe nichts wissen will, zeigt seine alibetane Richtung der bemühten antisozialen Politik hinlänglich an. Aus der Rede des folgenden Sprechers, des Abg. Dr. Matoušek folgen hier nur zwei Zitate herausgehoben werden. Gelegentlich der Beantwortung der Frage sagte er: „Die dauernde Stabilisierung der Gehälter ist bei den heutigen Lohnverhältnissen unmöglich und deshalb denkt man an eine gleiche Stabilität.“ Die andere Angelegenheit, die nicht uninteressant ist, berührt die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Da erklärte Dr. Matoušek: „Wir wissen, daß der Tscheche mit Rom in Ordnung kommen muß, aber wir wollen diese Sache nicht auf die Gasse verschleppen.“ Was sich ein nationaldemokratischer Abgeordneter unter „gleichender“ Stabilisierung von Gehältern vorstellt, wissen wir nur allzugut, wenn wir an die gleichenden Lohnskalen der nationaldemokratischen Industriellen denken. Hier offenbart sich zweifellos ein gegen die Beamtenschaft geplanter Angriff Dr. Matoušek. Die Einstellung des Nationaldemokraten gegenüber der Frage von Kirche und Staat schließt den Reigen bürgerlicher Gedanken: „Wir wollen diese Sache nicht auf die Gasse verschleppen.“ Das heißt nichts anderes, als Ausschaltung des Volkes, in diesem Falle des tschechischen Volkes, von der Regelung dieser Angelegenheit, und daß das tschechische Volk mit Rom nichts zu tun haben will, ist selbstverständlich. Wenn nun diese Frage nicht unter das Volk — im nationaldemokratischen Jargon die „Gasse“ genannt — „verschleppt“ werden soll, so geht daraus hervor, daß man mit Rom auf eine andere Weise als diese „Gasse“ es wünscht, in Ordnung kommen will, in jene bürgerliche Ordnung, die Hand in Hand mit dem römischen Aleris seit jeher gegangen ist. Es nützt nichts. Die Nationaldemokraten waren und sind und bleiben die einzige tschechische Partei, die würdig wäre, daß ein tschechischer König aus ihrer Mitte gewählt werde. Ihm würde seine Tugend seiner österreichischen Vorgänger fehlen.

Die tschechische Sabotage der Völkerbundsligen.

„Aufklärungen“ der nationaldemokratischen Senatoren Dr. Brabec und Dr. Warcich.

In der tschechischen staatsrechtlichen Gesellschaft sprachen, wie die „Bohemia“ berichtet, am 9. d. M. die Senatoren Dr. Brabec und Dr. Warcich, wahrscheinlich um die Angriffe, die von tschechischer Seite gegen die Sabotage des letzten Völkerbundkongresses in Budapest, welche die kleine Entente betrifft, zu verteidigen und den Ton ihrer Zuschriften an die Union, welche, wie auch wir gemeldet hatten, in Budapest den größten Anstoß hervorgerufen hatten, zu rechtfertigen. Die die „Lidove Noviny“ mitteilen, wurde durch die Verlesung der Zuschriften die ganze Blamage nur bestätigt, die sich die Tschechen hatten zu schulden kommen lassen. Ein Unterschied soll nur darin bestehen, daß es sich um zwei Dinge gehandelt habe. Zunächst um eine Zuschrift, durch welche die Gesellschaft ihre Absicht anzeigt und deren Begründung anzuführen, und zweitens darin, daß das Memorandum vom Unionspräsidenten Dr. Bohumil Baza kopiert worden ist. In diesem Memorandum war der Präsident der Union aufgeführt: ausdrücklich der Unparteilichkeit und der Unparteilichkeit bedacht worden, während alle in der ersten Zuschrift enthaltenen Beschuldigungen sich nur im allgemeinen auf die Faktoren der Ideen bezogen, welche der tschechischen staatsrechtlichen Gesellschaft entgegengekehrt sind. Interessant ist, daß Dr. Brabec öffentlich zugab, die Tschechen hätten sich ungestraft, die Zusicherung der besiegten Nationen der Völkerbundliga hinzuzuhalten. Er bezeichnete die bei dem Münchner Beratungen angehörtene Zeugen als freche bezahlte Agenten tschechischer Organisationen. Er versuchte nachzuweisen, daß die Resolution Brabec-Dickinson durch Untriebe germanophiler Elemente zu Falle gebracht worden sei.

Nach der Rede des Senators Brabec meldete sich Senator Dr. Warcich zu Wort, der zu widerlegen versuchte, daß die tschechische Delegation eine Blamage erlitten habe. Eine Blamage habe die Union der Völkerbundligen erfahren. Er sei auch gegen die Aufnahme der deutschen Liga in die Union der Völkerbundligen gewesen, aber aufgrund einer deutschen Denunziation habe Präsident Masaryk die Aufnahme der deutschen Liga erzwungen.

In der hierauf eröffneten Debatte antwortete zunächst der Redakteur der „Lidove Noviny“ Dr. Baza, welcher erklärte, daß die Nichtbeteiligung der Tschechen in Budapest ein schwerer Fehler gewesen sei. Als zweiter Redner sprach der Redakteur Alois Baza, der die Politik der tschechischen Liga ebenfalls für verfehlt ansieht.

In einem Schlusswort ließ es sich Senator Brabec nicht nehmen, die Italiener anzupöbeln, von denen er sagte, daß sie gar keine Ursache hätten, scharf zu machen, da sie jetzt zeigen, wie sie ihre Minoritäten in Tirol behandeln. In seiner Art erklärte er schließlich, was es sich um die Interessen ganzer Staaten und Völker handle, da gebe es keine Weichlichkeit, sondern nur harte Folgerichtigkeit.

Der Mostauer Rubel rollt . . .

Millionen aus Moskau für die reichsdeutschen Kommunisten.

Berlin, 10. November. (Eigenbericht.) Daß die Kommunisten Deutschlands von Moskau ungeunterstützt werden, ist nichts neues. Offen liegt die Frage, wie hoch die Unterstützung sind, die die hiesige Sowjet-Filiale von Moskau erhält. Ein Zufall gestattete dem Sozialdemokratischen Parlamentärsdienst einen Einblick in den Rechnungsabluß der Kommunisten. Dort heißt es:

Ausgaben für Monat August	23,750,000 Mark
Zuschuß von Rußland	30,000,000 Mark
Ausgaben für Monat September	50,150,000 Mark
Zuschuß von Rußland	47,570,000 Mark

Es verbleibt also trotz der großen Ausgaben aus den hohen russischen Zuschüssen ein wesentlicher Ueberschuß. Zahlung von Mitgliedsbeiträgen scheint den Kommunisten ein überlebter Standpunkt zu sein. Das Erbärmliche daran ist, daß die Millionen der Sowjets nach Deutschland wandern, während unter den Kommunisten im Reich für das hungernde Rußland Beiträge gesammelt werden.

Die nationalsozialistische „Sturmtruppe“ in Bayern.

Berlin, 10. November. (Tsch. B. B.) Die Telegrophen-Union, eine im allgemeinen rechtsstehende Auffassung vertretende Korrespondenz, berichtet über eine Versammlung der München-er Nationalsozialisten. Deren Führer Hitler habe die Behauptung von Putzschabzigen bestritten und erklärt, daß diese Darstellungen nur verbreitet würden, damit man selbst ungehörig rüsten könne. Ferner habe er behauptet, auf seinen Kopf sei eine Prämie von drei Millionen ausgesetzt worden. Im Anschluß an diese Behauptung forderte er die Versammlungsteilnehmer auf, sich zur nationalsozialistischen Sturmtruppe zu melden, doch sollten sich nur solche melden, die gehorham sein wollen und bereit seien, wenn es sein müsse, auch in den Tod zu gehen. Die Versammlungsteilnehmer, die sich nicht melden wollten, mußten hierauf den Saal verlassen, ebenso die Pressevertreter. An die Versammlung schloß sich nun eine besondere Versammlung der Sturmtruppen an, in der Hitler eine Ansprache hielt.

Aus dem Budgetausschuß.

Sitzung vom 9. November.

Am Schluß der Debatte über die Kapitel „Ministerium des Innern“ und „Ministerium für öffentliche Arbeiten“ sprachen die beiden Referenten. Minister des Innern Wappeler wandte sich u. a. an den bekannten Frager Vorfall nach der Arbeitslosen-Versammlung zu und erklärte, daß die Polizei nur in Beobachtung des Gesetzes, welches öffentliche Umzüge während der Parlamentssitzung in dessen unmittelbarer Nähe verbietet, die Menge daran hinderte, zum Parlament zu ziehen. Die Polizei wurde verhöört und beschimpft: als sie die Menge, aus welcher der Ruf nach Wänderungen laut wurde, energisch zum Auseinandergehen aufforderte, kam es zu einem Angriff auf die Polizei, der nichts anderes übrig blieb, als sich zu wehren. Absolut unvorher ist es, daß es zu Zusammenstößen gekommen sei.

Minister Erba entwarf das Programm des Arbeitsministeriums. Er erklärte u. a., daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten, trotzdem sein Budget kleiner nicht höher dotiert wurde, bedeutende Arbeit werde leisten können, weil die Baukosten seit dem vorigen Jahre bedeutend gesunken sind. In der Abend Sitzung verhandelte der Ausschuß das Budget des Schulministeriums. Das Referat erstattete Abg. Erdmisch (sch. Agr.). In der Debatte sprach auch Abg. Genosse Sillebrand, der sich über die

Bedeutung des deutschen Schulwesens

beschwerte, welche auch aus dem Budget hervorgeht. Dem tschechischen Schulwesen wünscht Redner größte Entwicklung, aber es darf diese nicht auf Kosten des deutschen Schulwesens vor sich gehen. Die tschechische Mehrheit sollte sich nicht demselben Fehlers schuldig machen, den das deutsche Bürgerium im alten Österreich begangen hat. Redner brachte sodann die Behauptung unserer Partei hinsichtlich des Schulwesens vor und sagte hierüber u. a.: „Besonders verwahren wir uns gegen die Spernung der Klassen wegen der geringen Schülerzahl infolge des Geburtenrückganges während der Kriegszeit und fordern in solchen Fällen die größte Verschönerung. Lassen Sie die Hand weg von unseren Volksschulen! Wir beantragen die Abschaffung des § 8 des „Kleinen Schulgesetzes“, dahin, daß Schulklassen nur dann aufgelöst werden dürfen, wenn durch drei Jahre die Zahl der Schüler weniger als 30 betrug und daß Bürgerchulen nur dann aufgelöst werden können, wenn die Schule durch drei Jahre von weniger als 40 Schülern besucht wurde. Wir verlangen ferner in einem Antrage, daß in allen Schulbezirken, wo wenigstens 20 Prozent einer nationalen Minderheit wohnen, die Sprache der Minderheit als obligatorischer Lehrgegenstand vom fünften Schuljahre an gelehrt wird.“ Die Schulreform kann man sich nicht anders denken, als durch den Ausbau des Schulwesens auf der Grundlage der nationalen Autonomie. Auch die

Trennung von Kirche und Schule

muß ernstlich in Angriff genommen werden. „Wir wollen nicht, daß die Schule zu einer Zuchtanstalt irgendeiner religiösen Gemeinschaft gemacht wird. Wir wollen nicht, daß das Wissen zugunsten des Glaubens verfallt wird. Wir wollen vielmehr, daß die Schule frei, selbstbewußte Menschen heranbildet.“ Redner forderte die unentgeltliche Bereitstellung von Lehrmitteln, die Aufhebung des Schulgeldes, die Verringerung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und die Reform der Lehrerbildung. Ehrenpflicht des Staates ist es, die Schäden, die durch das Paritätengesetz den Lehrern entstanden sind, gutzumachen. Redner sagt sodann: „Lassen Sie mich noch ein Wort über den Jammer der Blindenschule in Aulitz einfließen. Besuchen Sie diese Schule. Ueberzeugen Sie sich von der Nützlichkeit dieser Anstalt, bekräftigen Sie es, wie dort die Armen einen Nutzen

finden. Diese armen blinden Kinder müssen von Dorf zu Dorf wandern und Konzerte veranstalten, damit die Schule erhalten werden kann. Weiter werden Sie den deutschen Theatern größere Zuschüsse machen müssen. Wir beantragen die Erhöhung der Gesamtausgabe für die Theater und verlangen, daß die deutschen Theater mit zwei Millionen Kronen subventioniert werden.“ Redner schloß: „Wenn Sie für Militär, für Kultus usw. so große Summen aufwenden, dann dürfen Sie auch beim Kapitel Unterricht nicht sparen. Dann unterziehen Sie die vorliegenden Ziffern einer ernsten Prüfung und ändern Sie diese gründlich ab. In früheren Jahren haben Sie den Vorschlag stets unverändert angenommen. Prüfen Sie aber doch im Sinne der Wichtigkeit der Ziffern, lassen Sie sich von Ihrem Kulturgewissen leiten, opfern Sie mehr, als bisher der Schule und erschließen Sie damit die Möglichkeit einer besseren Kultur für unser Volk, für die heranwachsende Jugend.“

Sitzung vom 10. November.

In Verhandlung steht die Regierungsvorlage auf Gewährung einmaliger Zuschüsse zu den Pensionen der Lehrer an nichtstaatlichen Schulen in der Slowakei und der Vorschlag des Schulministeriums. Es referiert als Berichterstatter Dr. Rosel. In der Debatte spricht Dr. Pöbel,

dann Genosse Laub: Er bezeichnet den vorliegenden Antrag als einen der moralisch verworfensten und schandbarsten Anträge, welche die Regierung bisher unterbreitet hat. Er steht noch unter dem Niveau jener Ära im alten Österreich, wo die Regierungsmacht gegen P. U. (politisch Unzuverlässige) angewendet wurde. Der Antrag verlangt nichts weniger, als der Regierung „nach freiem Ermessen“ die Ermächtigung einzuräumen, welchen Lehrern sie den Pensionsbeitrag gewähren will. In dem Motivbericht ist auf das durchdringbare Elend der Lehrer hingewiesen. Es heißt dort: „Ein Teil der Pensionisten befindet sich in einer furchtbaren Situation. Viele erhalten sich durch Betteln, einige von ihnen sind gegenläufige Agitatoren.“ Wir müssen sagen, die hungernden Lehrer sind es geworden, weil sich der Staat vier Jahre lang nicht um sie gekümmert hat und dafür will man sie jetzt noch bestrafen.

Die hungernden Lehrer sollen auf die Gnade der Regierung angewiesen sein!

Was erziehen Sie damit für Menschen! Geben Sie doch von dieser verächtlichen Method. ab. Wer irgendeinem Japan nicht genehm sein wird, der wird als Staatsfeind hingestellt und dem wird nichts gegeben werden. Der Antrag ist für jeden anständigen Politiker in der Form, wie er vorgelegt wurde, unannehmbar und bedeutet nichts anderes, als ein Geschenk für einige staatsfeindliche Elemente. Wir aber wünschen, daß alle diese bedürftigen Lehrer in den Genuß der Pensionsbezüge kommen.

Bei der Abstimmung wird trotz dieser harten berechtigten Kritik die Regierungsvorlage unverändert angenommen. In Fortsetzung der Schuldebatte spricht zunächst Römer (sch. Soz.-dem.), welcher den deutschen Sozialdemokraten aus der angeblichen Vernachlässigung des tschechischen Schulwesens in Wien schwere Vorwürfe macht. Wenzel (Kommunist) wendet sich gegen die von Genossen Sillebrand geforderte Schulautonomie, die er für unmöglich hält, solange in einem Staate mehrere Nationen beisammen wohnen.

Abg. Genosse Laub reagiert auf die Ausführungen des Abg. Römer, die einen Angriff auf die österreichischen Genossen enthielten, und erklärte, daß nach seinen Informationen die österreichischen Sozialdemokraten dem tschechischen Schulwesen in Wien vollste Fürsorge widmen. Die Behauptung des Abg. Römer

beruhe wohl auf falschen Informationen beruhen. Redner ist nicht gegen die Errichtung von Mindererschulen, wo sie nötig sind, fordert aber gleiche Fürsorge auch für die deutschen Minderheiten.

Minister Bechyně

beantwortete einige Anfragen und betonte, daß auch beim Schulwesen gespart werden müsse. Er besprach hierauf die schlechte Unterbringung der Universitäten und konstatierte an den Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten zweierlei Erscheinungen: Der Mangel an Schülern an einigen Anstalten und der Mangel an Professoren an den anderen Anstalten. In der Zukunft wird an eine Errichtung neuer Mittelschulen nicht gedacht. Der Minister macht auf die Reproduktion des Intelligenzproletariats und der Lehrkräfte aufmerksam. Die Frage der Schulreform muß baldigst erledigt werden. Redner bespricht sodann das Gewerbeschulwesen und stellt fest, daß wir heute 31 Handelsakademien, 75 Handelschulen, 27 Industrieschulen, 36 staatliche Gewerbeschulen und 84 Familienschulen haben. Dem Abgeordneten Sillebrand, der gesagt hatte, daß der Mangel an tschechischen Schulen im alten Österreich von den tschechischen Selbstverwaltungskörpern verschuldet war, erklärt der Minister, daß dem nicht so sei. Der Minister verlangt mehr Verständnis von den Deutschen für die Errichtung der tschechischen Mindererschulen. In der Slowakei und Karpathenrußland gibt es auch viel konfessionelle Schulen, welche nicht privaten Charakter tragen wie bei uns. In der Slowakei stehen 992 staatlichen Schulen 2430 konfessionelle Schulen entgegen, in Karpathenrußland gibt es 231 staatliche Schulen und 249 konfessionelle Schulen. Die konfessionellen Schulen werden vom Staat durch große Beiträge subventioniert, obwohl er dazu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Zwischen dem, was der Staat und was die Kirche für die Schulen geben, besteht ein großes Mißverhältnis. Die Kirche gibt für die slowakischen Schulen 3,496,810 K., während der Staat 65,034,735 K. beibringt. Dabei hat der Staat, was die Aufsicht und Disziplinargewalt über die Schulen anlangt, einen sehr unmerklichen Einfluß. Dieser Zustand des Schulwesens in der Slowakei ist für die Schulkinder und den allgemeinen Stand der Bildung schädlich. Solange aber die Pflichten des Staates zu den Religionsgemeinschaften nicht auf gesetzlichem Wege beseitigt werden, kann sich der Staat ihrer Erfüllung nicht entziehen. Der Minister bedauert, daß im Kampfe der beiden Weltanschauungen die Schule ein Fußball geworden ist. Er wird versuchen, die Schule aus dieser Situation zu befreien. Die Anregung des Genossen Sillebrand, den Kindern unentgeltliche Lehrmittel beizustellen, findet der Minister sympathisch, aber meint, daß das eine Geldsache ist. Er hofft in der nächsten Zeit eine Ermächtigung der Schulbücherpreise durchzusetzen. Redner streift dann das Kleine Schulgesetz und teilt mit, daß in pädagogischer Hinsicht einige Versuche, welche zur Lösung der Schulreform nötig sind, unternommen werden würden. U. a. soll versucht werden, Lehrgegenstände bloß in den Vormittagsstunden zu unterrichten und die Nachmittagsstunden dem Turnen und Sport zu widmen. Auch die Einführung von Handarbeiten für Knaben wird erwogen. Die Schule in der demokratischen Republik muß dafür sorgen, daß die Bürger sich einseitig in ihrem Beruf bewähren, andererseits in der öffentlichen Verwaltung, in Gemeinden, im Bezirk und Staat in einzelnen amtlichen Institutionen, in Betriebsausschüssen usw. Zum Gesetz, durch das das Paritätengesetz novelliert wurde, wird eine Durchführungsverordnung erlassen. Redner befaßt sich sodann mit dem Plan einer Einheitsmittelschule und mit dem Mittelschülermaterial. Unter dem heutigen System kommt die Mehrheit der Talente nicht zur Geltung. Heute studieren die Jugendlichen, deren Eltern fähig sind, die Studien zu bezahlen.

Späuel (sch. Nat.-Dem.), der als letzter Redner zum Kapitel „Schulministerium“ zu Worte kommt, macht die Entdeckung, daß für die deutschen Schulen besser gesorgt sei, als für die tschechischen (!). Er erklärt, daß die Deutschen ihre Schulen dadurch, daß sie die Schüler nicht so durchfallen lassen, wie dies an den tschechischen Schulen der Fall sei, künstlich erhalten. Damit war die Debatte über das Schulbudget beendet und es wurde in die Verhandlung des Kapitels „Ministerium für nationale Verteidigung“ eingegangen.

Telegramme.

Was Barthou zu sagen weiß.

Paris, 10. November. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Äußerungen, die Barthou ihrem Berliner Vertreter gegenüber getan hat. Barthou sagte: „Die Reise der Reparationskommission nach Berlin war ein Gebot der Notwendigkeit. Sie hat in der Hauptstadt ihren Zweck erfüllt. Der Zweck der Reise war es nicht, die Frage an Ort und Stelle zu entscheiden, sondern ihre Lösung vorzubereiten. Ueber die Männer und die Lage haben wir viel erfahren, das uns sonst unbekannt geblieben wäre, indessen haben unsere Bemühungen es nicht dahin gebracht, die Vorschläge zu erhalten, die wir erwarten durften. In Deutschland ist die Flucht vor der Verantwortung nicht weniger groß als die Kapitalflucht. Die Reisen der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark gleichen nur sehr entfernt dem genannten Plan, den sie uns vorgebracht hat. Was sie vorgebracht hat, sind Anregungen aber keine Lösungen. Ich will keine Vermutungen über die Entscheidung anstellen, die die Kommission treffen wird. Aber als Delegierter Frankreichs werde ich die Rechte meines Landes verteidigen. Ich weiß, daß ein Gläubiger seinen Schuldner nicht ruinieren darf, ich weiß

aber auch, daß ein Gläubiger sich nicht zum Ver- teile seines Schuldners ruinieren soll. Frankreich hat nicht so viel Opfer gebracht und ist nicht so weit entgegengekommen, um zu sehen, wie man ihm die notwendigen Garantien verweigert oder sie zurückzieht. Niemand kann von Frankreich erwarten, daß es die Währung bis zur Auf- opferung treibt."

Frankreich bereitet Zwang Maß- nahmen vor.

Paris, 9. November. (Wolff.) In einer Senatsdebatte über die Durchführung einer wirksamen Reparationspolitik äußerte sich Poincaré über die Aufgaben der Brüsseler Konferenz: Werden die Alliierten, wenn es notwendig wird, mit Frankreich zum Zwange schreiten? Die Frage wird in Brüssel aufgeworfen werden. Frankreich habe sich die Zukunft zur Gewalt nur als eine äußerste Maßnahme ins Auge gefaßt. Aber kreuzt man die Arme, so erhalte man während mehrerer Jahre von Deutschland nichts, nicht ein mal die Sach- lieferungen. Die letzteren aber seien unerläß- lich. Die Brüsseler Konferenz werde fest- stellen, daß die Holz- und Kohlenlieferungen Deutschlands unregelmäßig seien. Sie werde ferner die Frage der Beteiligung an der deutschen Industrie prüfen, ebenso die Frage deutscher Anleihen auf dem Auslandsmarkt. Der größte Teil dieser Anleihen müsse zu Reparationszwecken verwendet werden. Wenn Frankreich nicht befrie- digt werde, fuhr er fort, könne niemand es zum Verzicht auf seine Rechte zwingen. Nach unweifen- lächer Debatte wird eine Vertrauensstages- ordnung angenommen.

Brandenburg über die Berliner Verhandlungen.

London, 10. November. (Havas.) Brandenburg erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des Reuterschen Büros, daß es während des Berliner Aufschusses zu keiner Meinungsverschiedenheit mit Paris gekommen sei. Brandenburg hält die augenblicklichen finan- ziellen Bedürfnisse Frankreichs für dringender als jene Großbranniens, doch wünsche keiner der beiden Staaten, Zugeständnisse zu machen, welche die Grenze des unbedingt notwendigen überschreiten. Insofern das Reich keine definitiven Aktionspläne bekannt gebe, könne nichts Nützliches unternommen werden. Wenn Deutsch- land nicht den Mut habe, sich selbst zu helfen, könnten ihm die Alliierten auch nicht helfen.

Um die Kriegsschulden.

London, 10. November. (Reuter.) Dem Staatssekretär Hughes ist durch die alliierten Bot- schafter am 9. November ein Vorschlag überreicht worden. Er geht dahin, daß ein amerikani- scher Sachverständiger nach Paris geschickt werden soll, um über die Mittel und Wege der Durchführung der Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu beraten. Ueber die Antwort Hughes liegt vorläufig noch keine Mit- teilung vor.

Die Abemalisten geben nach.

Konstantinopel, 10. November. (Sch. P.-B.) Im Laufe einer Besprechung mit den alliierten Generälen erklärte Kefes Pascha, daß er bereits Befehle zur Befestigung der Zollmaß- nahmen gegeben habe, besonders hinsichtlich der Getreidezölle, und daß er hoffe, der Brot- preis werde in 24 Stunden wieder die normale Höhe erreichen. Er wäre bereit, sämtliche Maßnahmen rückgängig zu machen, in denen die Alliierten eine Bedrohung für die Sicherheit der Besatzungstruppen erblicken zu müssen glauben, aber er könne sich in keiner Form mit der Kontrolle der Alliierten über die innertürkischen Angelegen- heiten abfinden.

Baldiger Zusammenbruch der Orient- konferenz.

London, 10. November. (Reuter.) Die Ver- tagung der Konferenz von Lausanne wird wahr- scheinlich nicht einmal eine Woche dauern, da es für die Alliierten von Wichtigkeit ist, in einen Meinungsaustausch über die neuesten Ereignisse einzutreten.

Griechenland an der Seite der Kleinen Entente.

Athen, 10. November. (Havas.) Der Mini- ster des Äußeren Politis teilte mit, er habe wäh- rend der Belgrader Beratungen mit den jugo- slawischen Ministern beschlossen, eine gemein- same Politik in Lausanne zu akzeptie- ren und an der Erhaltung des status quo am Balkan mitzuarbeiten.

Mussolini über das Orient- und Reparationsproblem.

Rom, 10. November. (Havas.) Minister- präsident Mussolini bestätigte in einer Unter- redung, daß er an der Lausanner Konferenz teil- nehmen werde, falls ihm dies die innere Lage gestatten werde. Mussolini hält unbedingte daran fest, eine einheitliche Front unter den Alliierten aufrechtzuerhalten für alle Eventualitäten, ja sogar auch für die militärischen, welche zu erwägen sind, da die Türken ihre Forderungen überspan- nen. Mussolini sprach sich für die Aufhe- bung der Kapitulationen unter der Be-

dingung aus, daß ausgiebige und hinreichende Garantien geboten werden. Er erklärte weite- res, daß Italien in der Reparationsfrage einig mit Frankreich sei, denn beide Staaten hätten das gleiche Interesse.

Die „Abrüstung“ der Faschisten vollzogen.

Rom, 10. November. (Zefani.) Die aus- ganz Italien einlaufenden Berichte melden, daß die Demobilisierung der Faschisten beendet ist. Die Faschisten liefern auch ihre Waffen ab.

Militärische Riesenausgaben in S. H. S.

Belgrad, 9. November. Die Regierung brachte in der Stupskina eine dringende Gesetvorlage betreffend einen außerordentlichen Kredi- tit für Heeresausrüstung im Betrage von 800 Millionen Dinars ein. Sobald der Finanz- ausschuss die Vorlage durchberaten haben wird, was noch im Laufe des heutigen Tages der Fall sein dürfte, wird die Stupskina den Kredit in einer geheimen Sitzung verhandeln, in welcher die Regierung ein Erposé über die auswärtige Lage und die dringenden Bedürfnisse des Heeres geben wird.

Tages-Neuigkeiten.

Verleumdungen der Sozialdemokratie durch die „Reichenberger Zeitung“. Im April 1920 brachte die „Reichenberger Zeitung“ einen län- geren Artikel, in welchem sie die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokraten, insbesondere des Kammurger Bürgermeisters Genossen Bartel in der Arbeiterunfallversicherungs- anstalt schwer verleumdete. Die „Reichenber- ger Zeitung“ schrieb damals, daß durch die Schuld des Präsidentenstellvertreters der Anstalt, des Genossen Bartel, das Institut gänzlich ver- schreddet werde, daß der deutsche Direktor und andere deutsche Beamte entlassen worden seien, um tschechischen Jünglingen Platz zu machen und daß in der Anstalt die tschechische Amtssprache eingeführt worden sei. Dem Genossen Bartel wurde unter anderem in verleumdender Weise vorgeworfen, daß er durch seine Funktion in die- sem Institute „auf leichte Art Geld verdienen“ will und er wurde in diesem Pamphlet des nation- alen Bürgerblattes direkt „Arbeiterver- räter“ genannt. Genosse Bartel klagte damals sofort den Chefredakteur der „Reichenber- ger Zeitung“ Dr. Feistner wegen Ehrenbelei- digung. Jetzt, nach zweieinhalb Jahren, fand das gerichtliche Verfahren erst seinen Abschluß, in- dem Dr. Feistner gerichtlich genötigt wurde, die Verleumdungen und Un- gen der „Reichenberger Zeitung“ zurückzu- ziehen und eine diesbezügliche Erklärung im „Sozialdemokrat“ und in der „Rei- chenberger Zeitung“ zu veröffent- lichen. In dieser Erklärung — die wir in der heutigen Nummer unter der Rubrik „Einge- sendet“ veröffentlichen — muß Dr. Feistner schrei- ben, daß der Inhalt jenes Artikels vom 13. April 1920 unrichtig ist und daß die darin gegen den Genossen Bartel erhobenen Anschuldi- gungen jeder tatsächlichen Grund- lage entbehren. Die ganze Angelegenheit ist ein neuer Beweis für die Strapazionen, mit welcher die bürgerliche Presse, Lügen und Ver- leumdungen gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Vertrauensmänner verbreitet. Der Arti- kel der „Reichenberger Zeitung“ muß damals — es war ja gerade die Zeit der Wahlkämpfe — selbstverständlich die Kunde durch die übrige bürgerliche Presse. Nach zweieinhalb Jahren endlich wird die Aktenrolle der Verleumdungen, die „Reichenberger Zeitung“ genötigt, zu erklä- ren, daß alle die schweren Anschuldigungen, die sie damals über die Tätigkeit der deutschen So- zialdemokraten und insbesondere den Genossen Bartel in der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Umlauf setzte, direkt aus der Luft gegriffen waren und jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Dr. Feistner, der Chefredakteur dieses „Ver- tretem“ hat es selbst zugegeben, daß er „dem Verfasser des Artikels selbst geschuldet“ worden sei. Diese „Erklärung“ beinhaltet selbstver- ständlich gar keine Entschuldigung, son- dern weist nur, daß die bürgerlichen Mütter nicht besonders schwer an dem Verantwortung- gefühl zu tragen pflegen, wenn es gilt, durch Lügen und Verleumdungen unserer Partei Abbruch zu tun. Daß dies nicht besonders, sondern all- gemeine Geltung hat, werden uns die direc- ten bürgerlichen Zeitungen sicherlich wiederum beweisen, wenn neue Wahlen in Sicht sind.

Die Entnationalisierungspraktiken der tschechischen Regierungskommissäre. Entgegen den Bestim- mungen der Schul- und Unterrichtsordnung, laut welcher die Einschreibungen von den Schullei- tern durchzuführen sind, griffen bei den dies- jährigen Schuleinschreibungen in allen Orten tschechischen die Regierungskommissäre ein in der unerkennbaren Absicht, den deutschen und pol- nischen Schülern so viel Kinder als möglich zu entziehen und sie den tschechischen Schulen zuzu- führen. Der Regierungskommissär in Teschen operierte vor allem mit dem Hinweis auf die Staatsangehörigkeit der einzelnen Personen, die ihre Kinder in die deutschen Schulen einschrei- ben lassen wollten. Er stellte eine hochnotwen- dige Untersuchung über die Volkszugehörigkeit und Umgangssprache der Eltern und ihrer Kin- der an, änderte eigenmächtig die Angaben der Parteien oder verlangte amtliche Bescheinigungen ihrer Nationalität. Der Regierungskommissär in Trzyniecz handhabte noch größere, manch- mal aus Gröteske streifende Mittel, um die deut- sche und polnische Schule zu treffen. Er überprüfte

den Stammbaum mancher Personen und stellte phantastisch da und dort eine tschechische Groß- mütter fest, er untersuchte den Klang der Namen und erklärte dabei eine Anzahl von Personen, die nie tschechisch gesprochen haben, für Tschechen; er stellte den Grundfaß auf, daß Familien, die aus Böhmen stammen, keine Deutschen seien; er sprach den Trzynieckern im allgemeinen das Recht ab, sich als Deutsche zu bezeichnen, da es in Trzynieck keine Deutschen gebe. Der Regierungskommissär in Freistadt kämpfte gleichfalls sehr ange- strengt für die tschechische Schule. Wer im Vor- jahre sein Kind in diese Schule geschickt hatte — dies taten viele Personen, weil sie dazu von tsche- chischen Agitatoren, die damals ihre wirtschaftliche Existenz in den Händen hatten, gezwungen wor- den waren — und nun zur Einschreibung in die deutsche Schule kam, wurde abgewiesen. Kinder, die die deutsche Sprache nicht vollkommen be- herrschten, wurden in die deutsche Schule nicht aufgenommen, auch wenn ihre Eltern sich als Deutsche bezeichneten und die Aufnahme ver- langten. Der Regierungskommissär erachtete es hierbei für notwendig, zu erklären, daß der „Ger- manisierung“ ein Ende gemacht werden müsse. Mit Entschiedenheit muß man sich gegen die ab- sichtlich herbeigeführte Entnationalisierung wen- den, aber auch dagegen, daß unter Berufung auf die Gefahr der Entnationalisierung den Kindern die Möglichkeit eines höher organisierten Unter- richtes genommen wird. In Deutsch-Weiten, Polnisch-Weiten und Willmersdorf wurden die Vertrauensmänner, die die polnische Bevölkerung zwecks Kontrollierung der Einschrei- bungen entsendet hatte, aus dem Lokale gewiesen. In Jablunkau wurde polnischen Eisenbah- nern, die ihre Kinder in die polnische Schule ein- schreiben lassen wollten, mit der Verfehlung gedroht. Trzyniecker Witwen wurde gedroht, daß ihnen ihre Unterstützungsgelder entzogen werden, wenn sie sich nicht für die tschechische Schule entschieden. In Lahn und Orlau wurde eine Anzahl polnischer Schüler kurzerhand in die tschechische Schule dirigiert und den Eltern Strafen in Aussicht gestellt, falls sie sich der Weisung nicht fügen sollten. In Karwin wurde mit der Optionsfrage manövriert; wer sein Kind nicht in die tschechische Schule schide, dessen Gesuch werde nicht günstig erledigt wer- den. In Altstadt gar wurden Kinder für die tschechische Schule gekauft, eines um 180 K. Dies in einigen wenigen Beispielen ein Bild der heutigen Schuleinschreibungen in Ostschlesien. Das Ergebnis sind Hunderte von Ansuchen, Re- klamationen und Beschwerden bei den einzelnen Verwaltungsstellen; das Ergebnis ist, daß viele Hunderte Kinder die Schulen besuchen, die nicht von den Eltern, sondern von den Organen der Regierung bestimmt wurden; das Ergebnis ist, daß eine große Anzahl von Kindern überhaupt keine Schule besuchen, oder nur kümmerliche Privatunterricht genießen. Das Ergebnis ist end- lich eine allgemeine Entrüstung unter der ostschlesischen Bevölkerung, die sich verzweifel- ter Weise verleiht werden. — Angesichts dieser Vorkommnisse fragen die deutschen sozialdemokra- tischen Abgeordneten Genossen Degner, Joll und Dr. Haas in einer Interpellation den Minister für Unterricht und Volksschule, ob er nicht der Ansicht ist, daß jeder Person das Recht vorbehalten werden muß, selbst ihre Nationalzu- gehörigkeit zu bestimmen; daß das Elternrecht nicht angetastet werden darf; daß die heutigen Einschreibungen in Ostschlesien geeignet sind, einen nachteiligen Eindruck in den Gemütern der auf solch drastische Weise „eingeschriebenen“ Kinder hervorzurufen und daß es notwendig ist, den Akt der Einschreibung des polizeilichen Apparates zu entkleiden; daß die Organisation der ostschlesischen Schulen, besonders der Landschulen eines Ausbaues bedarf, daß aber dieser Ausbau nicht durch die erwähnten Maßnahmen der Regie- rungskommissäre erzielt werden kann, sondern nach einem unter der Mitwirkung der Bevölle- rung zu erarbeitenden Programm. Ist der Herr Minister bereit — heißt es in der Interpellation — eine Untersuchung über die Vorkomm- nisse bei den ostschlesischen Schuleinschreibungen zu verlangen und darauf zu dringen, daß alle Reklamationen und Beschwerden unter Anerkennung des Elternrechtes sofort erle- digt werden?

Unsere Teplicher Gemeindefraktion zur Demission des Bürgermeisters Walscher. Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Stadtverord- neten und die Vertrauenspersonen der deutschen sozialdemokratischen Lokalorganisation von Tep- lich nahmen nach eingehender gemeinsamer Ber- atung den Bericht der sozialdemokratischen Mitglie- der der Stadtvertretung über die Ereignisse, die zum Rücktritt des Bürgermeisters geführt haben, zur Kenntnis und sprachen den sozialdemokrati- schen Vertretern ihr vollstes Vertrauen aus. Die Versammlung ist sich einig — heißt es in der Ent- scheidung — in der Verwerfung der Gesetzerhö- hungspolitik der tschechischen diktatorischen Gewalt- haber des Staates, wie in der Verurteilung des deutschen Nationalismus, dessen Um und Auf die Bahnen- und Straßensafepolitik bildet, ohne Rück- sicht auf die berechtigten Interessen des deutschen Volkes. Die Bürgermeisterei ist eine Krise nur für die Deutschbürgerlichen. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung zur Führung der Geschäfte der Stadt durch den ersten Bürgermeisterstellver- treter Genossen Kremler, bis zur Neuwahl des Bürgermeisters, welche ehestens durch die deutsche Wahlgemeinschaft nicht in Stande sein, eine Neu- wahl des Bürgermeisters durchzuführen und es läme zu Neuwahlen, würden die sozialdemo- kratischen Stadtvertreter diese Gelegenheit begrü- ßen, um ihren Wählern über ihre Tätigkeit in der Gemeindefraktion zu berichten.

Reiß-Sprünge. Uns find die munteren Sprünge eines Reißb's bekannt, die sich im Zei- chen des Hakenkreuzes vollziehen. Reißb, der Ab- geordnete, hat in Arnsdorf eine Versamm- lung abgehalten, über welche die „Nationalen Nachrichten“ unter dem „15. Gilbhart“ be- richten. Jedenfalls war es auch der „Gilbhart“, der dem Berichterstatter folgenden klaren Ge- dankengang eingab:

„Die Entwicklung der Natur in allen Ausprägungen, die stete Zusammen- setzung des Entstehenden aus Be- standenen, die Ungleichheit des Werdenen, sowie die Unmöglichkeit der von der Natur betriebenen Unterscheidungs- und Spaltungsabsicht ein entgegenge- setztes Gebot aufzuzwingen, lassen es nur denkbar erscheinen, daß die Zugkraft des Zukunfts- staates, einer an sich fast unvergleich- lichen Idee, in dem Augenblicke nachlassen müsse, wo die Einsicht klar greift, daß Ideale von solch schöpferischer Auswirkung nie erreicht werden können, solange Menschen bloß Menschen sind.“

Na, jetzt ist die Idee des Sozialismus end- gültig totgeschlagen. Denn bei dieser steten Zu- sammensetzung des Entstehenden aus Bestan- dem bei einer solchen Ungleichheit des Werdenen kann sich doch auch die unvergleichliche Idee nicht schöpferisch auswirken und alle Men- schen — ja sogar ein Reißb — bleiben bloß Menschen. Da läßt sich nichts machen. Und Reißb hat darum auch — wie die „Nationalen Nachrichten“ so treffend bemerken — seinen „Ausführungen, die sich auf die internationale Weltanschauung bezogen, den Zeitgedanken zu- grunde gelegt, daß die Natur keine Sprünge mache“. Wir geben der Natur und Herrn Reißb vollkommen recht. Und namentlich solch muntere Sprünge waren von jeher der Gattung der Reißb's vorbehalten.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Be- zirk Gablonz. Dienstag, den 7. November 1922, fand in Gablonz die fünfte diesjährige Sitzung der Bezirksverwaltungscommission statt. In dieser wurden unter anderem nachstehende Beschlüsse gefaßt: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bezirke wurde im Prinzipie die Durchführung fol- gender Straßenbauten beschlossen: Die Fertig- stellung des seinerzeit begonnenen Hofstands- straßenbaues Neuborf-Ob-Schwarzbrunn (Kos- tenaufwand 400.000 K.), Herstellung einer neuen Verbindungsstraße Gablonz a. N.-Ant.-Schwarz- brun in der Richtung Mufan-Südwinkel (Kostenaufwand circa 70.000 K.) und Ausbau des Weges Gubrunn-Reichenau (Kostenaufwand circa 14.000 K.). Die Neuaufnahme des für diese Pro- jekte notwendigen Kredites wurde ebenfalls im Prinzipie beschlossen. Die an der Durchführung der Pläne besonders interessierten Gemeinden haben die Tragung eines Teiles der Kosten zuge- sagt. Da jedoch mit dieser Arbeiten infolge der verzögerten Jahreszeit und infolge der Schwierigkeit der Geldbeschaffung dieses Jahr schwerlich wird begonnen werden können, wurde behufs möglicher baldiger Unterstützung der le- derartigsten Familien der Arbeitslosen beschlossen, einen entsprechenden Geldbetrag für diese Zwecke aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen. Die weitere Ausführung dieses Beschlusses wurde dem engeren Ausschusse übertragen, der insbe- sondere noch über die Höhe des zur Verfügung zu stellenden Geldbetrages und über die Form, in der die Unterstützung zu gewähren sein wird, Be- schluss zu fassen hat. In Frage kommt hierbei nur eine einmalige Zuwendung, da eine laufende, etwa monatliche, Unterstützung zu hohe Gemein- tel erfordern würde. Vorausgesetzt wird, daß auch die einzelnen Gemeinden nach Möglichkeit für den gleichen Zweck entsprechende Geldmittel zur Verfügung stellen. Es wurde ferner der Be- schluss gefaßt, an die Staatsverwaltung mit dem Ersuchen heranzutreten, daß die Refundierung der von den Unternehmern an die Arbeitslosen aus- gezahlten Zuschüsse auch tatsächlich sofort in bar erfolge.

Die Maßnahmen der Stadt Prag gegen die Arbeitslosigkeit. Die Vertreter aller Parteien in der Zentralverwaltungscommission der Stadt Prag traten in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage und des Anwachsens der Arbeitslosigkeit in Gr.-Prag nach gegenseitigem Einvernehmen ge- stern im Rathause zu einer besonderen Sitzung zusammen, um über eine rasche Hilfe für die Arbeitslosen zu beraten.

Die Bluttat am Spieglicher Schneeburg. Wir brachten gestern die Meldung, daß an der Grenze unterhalb des Spieglicher Schneeburges in der Nacht vom 4. zum 5. November ein Zusammen- stoß zwischen Grenzwaache und Pasakern stattfand, der zwei Todesopfer im Gefolge hatte. Nach einem Protokoll, das die Ueberlebenden der von der Grenzwaache beschossenen Pasaker in der Re- daktion unseres Bruderblattes „Abler- gebirgsbote“ unterschrieben haben, hat sich der mit so entsetzlichen Folgen verbundene Zu- sammenstoß folgendermaßen zugetragen: Eine Gesellschaft von neun Holzmachern begab sich am 4. November von Groß-Mokra nach dem preußischen Reibach, um sich zu unterhalten. Dort tranken sie einige Flaschen Wein und kehrten gegen Mitternacht nach Hause zurück. Nachdem sie von einer preußischen Finanzwaache untersucht worden waren, die nichts Verdächtiges fand, stiegen sie bei einem Wäldchen auf dem sogenann- ten Diebsteg auf eine tschechische Finanz- waache, die sofort ohne Aufschob. Der Holzarbeiter Bierent war sofort tot, die Ar- beiter Kötter und Parich lagen schwerver- wundet am Boden. Von den tschechischen Finan- zern hat bloß der Finanzier Regina geschossen,

ohne daß er angegriffen worden wäre, wie es im amtlichen Bericht heißt. Von der Holz- arbeitergesellschaft hatte niemand eine Waffe mit. Den schwerverletzten Kote- ter, der tags darauf im Krankenhaus in Nähr- Rothwasser gestorben ist, trugen die Kameraden ins Tal hinunter, während beim Arbeiter- Harbich die Financier mit dem Erschießen drohten, wenn ihn jemand anrühre. Der Verletzte mußte so fünf Stunden in der Kälte liegen bleiben, bevor ihm Hilfe gewährt wurde. An seinem Auf- kommen wird gezweifelt, da er einen ungeheuren Blutverlust und eine schwere Lungenentzündung davongetragen hat. Seine Schuh- wunde am Arm ist brandig geworden. Sämtliche Beteiligten sagen übereinstimmend aus, daß sie überhaupt nicht die Absicht hatten, zu schmeicheln und daß sie ohne Anruf von den Finanzern angeschossen wurden. Von einem Angriff auf die Financier kann keine Rede sein. — Nach den Darstellungen der Beteiligten han- delt es sich hier also um Mord und die Offen- lichkeit muß daher die restlose Aufklärung der An- gelegenheit einschließen verlangen.

Die Brüner Spionageaffäre wurde in der letzten Wehranweisung des Abgeordneten- hauses vom Genossen Joll zur Sprache ge- bracht, der an den Minister für nationale Ver- teidigung folgende Anträge stellte: Ende Sep- tember wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß in Brünn eine weitverzweigte Spionageaffäre aufgedeckt wurde. Die Regierung hat die Tat- sache auch eingestanden, aber nicht die ge- ringste Aufklärung über den Stand der ganzen Angelegenheit erteilt. Angeblich soll der Minister für nationale Verteidigung zu Beginn der Session die Vertreter der Mehrheitspartei über die Angelegenheit aufgeklärt haben. Sollte dies der Fall sein, so muß ganz energisch dagegen Verwahrung eingelegt werden, weil sämtliche Abgeordnete des Hauses und nicht nur die der Mehrheitspartei das Recht haben, über alle den Staat und die Öffentlichkeit betreffende Fragen Aufklärung zu erhalten. Genosse Joll stellte an den Minister die Anfrage, ob er gewillt ist, Aufklärung über die Spionageaffäre zu geben. Der Minister erklärte, die Anfrage in der näch- sten Sitzung zu beantworten.

Die Arbeitslosigkeit im Oktober auf das Dop- pelte gestiegen. Aus dem Ministerium für soziale Fürsorge wird mitgeteilt: In der ersten Hälfte des Monats Oktober 1922 wurden nach einer Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge in der Tschechoslowakei im ganzen 67.000 Arbeits- lose unterstützt und zwar 43.000 Männer und zwar 24.000 Frauen. Ferner 59.000 Angehörige von Haushaltungen. Davon entfallen auf Böhmen 44.000, auf Mähren 14.000, auf Schlesien 3000, auf die Slowakei und Karpathenland 6000. Außerdem wurden durch Vermittlung der Betriebe 62.500 teilweise Arbeitslose mit 29.200 Haushal- tungsangehörigen unterstützt. Die Zahl der direkt unterstützten Arbeitslosen hat sich gegen den Vor- monat fast verdoppelt. (34.000 im Monat Septem- ber 1922.) Im Oktober 1921 wurden direkt 12.879 Personen, durch Vermittlung der Betriebe 8813 Personen unterstützt.

Die Nobelpreissträger für das Jahr 1921 und 1922. Der Nobelpreis für Physik für das Jahr 1921 wurde, wie aus Stockholm gemeldet wird, Einstein (Berlin), für das Jahr 1922 Niels Bohr (Kopenhagen) zuerkannt. Der Preis für Chemie für das Jahr 1921 wurde Frederik Soddy (Oxford), für das Jahr 1922 Francis William Aston (Cambridge), der literarische Nobelpreis dem spanischen Dra- matiker Amacius Venavento zugesprochen.

Verleumdung in Berlin. Wie die reichsdeutsche bürgerliche Presse meldet, ist einer sächsischen Prinzessin Mittwoch abends beim Verlassen des Aboris im Mon-Sotel in Berlin ein Verleumdung im Werte von 20 Millionen Mark ins Koffert gefallen. Die

sofort alarmierte Feuerwehre und zahlreiche Handwe- fer waren unablässig bemüht, die versunkenen Klein- odien wieder aus Tageslicht zu fördern. Dem ge- treuen Untertan aber drängt sich — so schreibt der „Vorwärts“ — die Frage auf: Welchen Körper- teil pflegen eigentlich sächsische Prinzessinnen mit Perlen zu schmücken?

Von Prag nach Kaschau in elf Stunden. Das deutsch geschriebene Prager Regierungsblatt mel- det: Zur Erzielung einer besseren Verbindung der Hauptstadt Prag mit dem Osten der Republik wird gegenwärtig von den kompetenten Stellen die Ein- führung eines kombinierten Eisenbahn- und Flug- zugsverkehrs nach Brünn, Přeburg und Kaschau in Erwägung gezogen. Das Eisenbahnministerium plant die Einführung eines Nachtschnellzuges von Prag nach Brünn, der gegen 6 Uhr früh in Brünn eintreffen würde. Dieser würde in Brünn An- schluß an die Morgenschnellzüge haben, so daß Briefe und Zeitungen, die in Prag gegen 2 Uhr nachts ausgegeben würden, etwa um halb 11 Uhr vormittags in Přeburg eintreffen würden. Von Přeburg aus soll die Weiterbeförderung nach Kaschau mittels Flugzeuges erfolgen, derart, daß Passagiere, Briefpost und Zeitungen gegen 1 Uhr nachmittags in Kaschau ankommen würden. Auf diese Weise würde die Verbindung mit den östlichen Teilen der Republik, die gegenwärtig im günstigsten Falle etwa 26 Stunden in Anspruch erfordert, bedeutend beschleunigt und die futu- rellen und geschäftlichen Beziehungen des Ostens der Republik mit der Hauptstadt Prag in erheb- lichem Maße gefördert werden.

Der Antrag wegen künstlicher Abtreibung der Leibesfrucht und Abänderung des § 144 Str.-G., der gemäß den stattgefundenen Ärzte- und Soziologen- enqueteen neu geregelt ist, wird zufolge Zustimmung des Koalitionsausschusses von der Abg. Land- St.-y ch erneuert werden.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 1. November 1922 enthält u. a. folgende Artikel: Mehr Selbst- vertrauen! Von B.-nn. — Unsere Bildungsarbeit. Von Richard Deutsch, Prag. — Ein Mißbrauch der Amtsgewalt. Von B.-nn. — Der Parteistreit und die Genossenschaft. — Für die Einheit der Genossen- schaftsbewegung! — Ein bemerkenswerter Beschluß des tschechischen Genossenschaftsrates. — Aus der ge- nossenschaftlichen Internationale. — Sitzung des leitenden Ausschusses. — Aus der Konsumgenossen- schaftlichen Praxis. — Die Uebernahme von Fracht- gütern. Von G. S. — Genossenschaftliche Entschei- dungen des Obersten Gerichtshofes.

Einziehung der alten fünf-Kronen-Noten. „Cas“ meldet, daß der Ministerrat beschlossen hat, die alten fünf-Kronen-Noten einzuziehen.

Ein rätselhafter Kindermord. Am 31. Oktober fand der Kaufmann J. Culek in Groß-Rostomat seine beiden unehelichen Töchterchen ermordet vor. Die Leichen wiesen Verletzungen von Artieben auf. Nach den vorläufigen Erhebungen wurde festgestellt, daß die Tat von der eigenen Mutter, die mit Culek seit einigen Jahren in Konkubinat lebt, verübt wurde. Der Fall ist umso rätselhafter, als die Mutter eben- falls durch Hiebe mit einer Hacke tödlich verletzt auf- gefunden wurde, und noch nicht vernehmungsfähig ist.

Kleine Chronik.

Reklameflüge um die Welt. Der amerika- nische Generalstab ist zurzeit mit der Ausarbei- tung eines Planes für einen Flug um die Welt be- schäftigt, an dem eine Luftflotte von 15 Militärflug- zeugen teilnehmen soll. Der Reisedeg führt zunächst nach Irland und von da durch Europa nach Sibirien. Es handelt sich bei dem Unternehmen der militär- schen Luftflotte der Vereinigten Staaten um ein fried- liches Werk der Propaganda. Man weiß nur noch nicht, ob der Kongreß die großen Mittel, die die Durchführung des Planes erfordert, zu bewilligen ge- neigt sein wird. Keinen Reklamezwecken dient über-

gens auch die Zusammenstellung einer französischen Luftflotte, die mit Unterstützung der Regierung an- gerüstet wird und an der die bedeutendsten franzö- sischen Flieger und einige italienische und belgische teilnehmen sollen.

Ergebnisse der amerikanischen Sonnenfinsternis- Expedition. Nach langem Warten sind die ersten Nach- richter über die in Australien gelegentlich der Sonnen- finsternis vom 21. September gemachten Beobach- tungen in Amerika eingetroffen. Während die Be- obachtung von der Weihnachtsinsel aus durch den be- deutenden Himmel beeinträchtigt wurde, war in Austral- ien während der Finsternis der Himmel heiter. Die Astronomen der amerikanischen Expedition hatten da- her unbeschränkte Gelegenheit, ihr vorher aufgestelltes Programm durchzuführen. In Wollal an der West- küste Australiens waren zwei Beobachtungsstationen eingerichtet worden; eine durch das Observatorium von Lick in Kalifornien und eine zweite von der kana- dischen Universität Toronto. Beiden Expeditionen glückte eine Reihe photographischer Aufnahmen, die dem Studium der Relativitätstheorie zu dien- lichen bestimmt sind. Wie werden in kurzem erforscht, ob die erhaltenen Ergebnisse sich mit der Theorie Ein- steins decken oder nicht. Immerhin erfordern die da- zu nötigen Messungen und Berechnungen eine Arbeit von mindestens zwei Monaten. Die Korona hatte, wie mitgeteilt wird, vier Ausstrahlungen, deren eine sich über drei Sonnendurchmesser erstreckte. Prof. Chant hat das Phänomen der sogenannten „fliege- nden Schatten“ photographiert, die einen Augen- blick vor und nach der Totalität der Finsternis in die Erscheinung treten. Prof. Grant von der Universität Adelaide nahm mit Hilfe der photoelektrischen Kamera Messungen vor zur Feststellung der relativen Leuch- tkräft der Sonne und der Korona. Die nächste totale Sonnenfinsternis wird am 10. September 1923 statt- finden, und in Nordamerika sichtbar sein; zu ihrer Beobachtung werden sich mehrere astronomische Expe- ditionen nach den Vereinigten Staaten begeben. Man wird dann wiederum Gelegenheit haben, das Relati- vitätsproblem zu studieren und Zeitläufer und Un- sicherheiten richtigzustellen.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Gerichtssaal.

Das ausgeplünderte Badezimmer.

Prag, 10. November. Ein altes Ehepaar benötigte sein Badezimmer gleichzeitig als Vorratskammer, da ihnen dieser Raum für die Unterbringung von Fett, Butter, Koriostoffen usw. am geschicktesten erschien. Doch wie groß war der Schreck der lieben, alten Leute, als sie am 8. Mai in der Frühe das Badezimmer leer fanden. Es war ihnen in der Nacht „ausgeräumt“ worden. Nach langem Suchen wurden die Täter, Franz Velbloud und Wenzel Kopyiva festge- nommen und vors Gericht gestellt. Heute erhielten die beiden je zwei Monaten unbedingten Ker- kers.

Das verschwundene Brillanten- ohrgeschänge.

Prag, 10. November. Leonides Mešeršky, geboren 1898 in Petersburg, Journalist von Beruf, stoh vor den Vorkriegswerten aus seiner Heimat und ließ sich wie viele seiner Schicksalsgenossen in Prag nieder. Hier ging es ihm nicht schlecht, er verdiente soviel, daß er sich zwei Wohnungen halten konnte. Und in Prag traf er eine alte Freundin aus Petersburg wieder, die Virtuofin Alexandrina Gwozdescaja-Terenti- ewa, die er freundschaftlich einlud, über ein Zimmer seiner Wohnung in Prag-Smichow verfügen zu wol- len, nachdem sie sich eben auf verzeufter Wohnungs-

suche befand. Die Terentiewa kam mit ihren ganzen Kostern, unter denen sich ein besonders wertvoller be- fand. Dieser Koffer barg nämlich ein Lederfäßchen mit dem Schmuck der Russin. Brillanten gab es da in Hülle und Fülle, ein Ohrgeschänge im Werte von 100.000 K und vieles mehr. Mešeršky lebte mit seinem Gast im besten Einvernehmen, bis zum 28. Oktober. Nicht daß ihm vielleicht an diesem Fest- tage die Festfreude in den Kopf gestiegen wäre und er sich gezant hätte, nein, die Sache war weit gefahr- licher. Mešeršky sah am Abend dieses Tages mit der Terentiewa und seiner Geliebten Olga Desporuk in der Restauration des Prager Wilson-Bahnhofes. Blödsinn bemerkt die Terentiewa, daß ihr ein kostbarer Ring fehle und Mešeršky will sofort nach Hause eilen, um ihn zu suchen. Doch man einigt sich, nach dem Schmuckstück erst morgen zu schauen. Die Fest- freude des Abends ist aber weg. Am nächsten Morgen erkundigte sich Mešeršky durch das Schlüsselloch, ob der Ring schon gefunden sei. Als er eine bejahende Antwort erhielt, ging er gegen seine sonstige Gewohn- heit gleich fort. Die Virtuofin war über seinen Weg- gang unbesorgt, es fiel ihr ein Verdacht auf, sie überprüfte ihr Schmuckstück und machte die nieder- schmetternde Wahrnehmung, daß ihr das Brillantenohr- geschänge im Werte von 100.000 K fehle. Da ihr Ver- dacht auf Mešeršky, der am Tage vorher allein drei Stunden in der Wohnung war, fiel, ließ sie ihn ver- hassen. — Bei der heutigen Verhandlung wurde der Angeklagte, der nach den Ausführungen seines Verwei- digers ein durchaus moralisch intakter Journalist ist, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Eine „uneigennütige“ Vermittlerin.

Prag, 10. November. Das Ehepaar Mašek, das in Prag-Dolcehowitz eine gutgehende Wollerei besitzt, war in den letzten Monaten nahe daran, sich scheiden zu lassen. Aus der Geschäftskafe verschwanden nämlich tagtäglich größere Mengen und der Mann beschuldigte die Frau, die Frau wieder den Mann, daß er der Täter sei. Dem Manne wurde die Geschichte endlich zu dumm und er zog bereits Erkundigungen über die Voraussetzungen einer Ehescheidung ein. Bei den häuslichen Szenen spielte die in der Wollerei be- schäftigte Anna Kubla, die eine gewisse Vertrauens- stelle innehatte, die fürsorgliche Vermittlerin. Sie wußte immer das richtige Bescheidigungswort, wenn die Auseinandersetzungen zu heftig wurden, kurz, ihrem guten Einflusse war es zuzuschreiben, daß die Ehe nicht schon früher auseinanderginge. Eines Tages übernahm die Firmainhaberin ihre Angelegenheit, wie sie eben einen tiefen, sehr tiefen Eingriff in die Kassa machte. In wenigen Tagen war dann das Rätsel von den mit unheimlicher Regelmäßigkeit sich wiederholenden Abgängen aus der Geschäftskafe gelöst. Anna Kubla, die uneigennütige Vermittlerin, hatte selbst seit Jahr und Tag täglich größere Summen für sich behalten, hatte sich kostspielige Toiletten angeschafft und lebte überhaupt auf „großen Füßen“. Sie hatte ein Verhältnis mit einem Ingenieur, ging oft ins Theater, ließ sich täglich manörieren, kurz, auf Kosten der anderen lebte es sich herrlich. — Der Straffenat unter Vorsitz des U.S.M. Dr. Bohav verurteilte sie heute zu zehn Monaten Kerker und sprach den Verfall ihrer Garderobe zugunsten der Beschädigten aus. Die Kubla fürzte, als sie das Urteil hörte, dem Richter zu Füßen und hat: „Lebt mir einen Monat mehr, aber laßt mir meine Garderobe!“

Auch eine ehrbare Mächtig.

Prag, 10. November. Ein junges, unerfahrenes Mädchen lernte in Prag einen jungen, aber dafür umso durchtriebeneren Burfchen kennen. Als sie mit ihm einmal spazieren ging, stahl er ihr das untere Bruststück verborgene Geldfäßchen mit 200 K. Als das Mädchen vom Richter heute befragt wurde, wieso sie das Verschwinden des Fäßchens nicht sofort bemerkt habe, erklärte sie, sie hätte angenommen, daß ihr Burfch in ehrbarer Absicht auf das Bruststück gegriffen hätte. Der „ehrbare“ Burfche wundert auf 3 wei Monate in den Kerker.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Dalensee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (12)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

„Es den hungrigen Leuten dort draußen bring- gen.“
Es war mit einem Male so still, als hätte die Erde sich zu drehen aufgehört. Die beiden Kellner ließen fast die Notizzücher und Servietten fallen, jedenfalls sank ihr Sinn hinab; Frau T. S. Dauervellen schienen jählings ganz schlach zu werden.
„Teufel!“ rief schließlich T. S. „Das können Sie nicht tun.“
„Ich kann nicht?“
„Sie können bloß bestellen, was Sie essen wollen.“
„Dann will ich nichts; ich bin nicht hungrig.“
„Sie können doch nicht hier sitzen wie eine Puppe, Mensch.“ T. S. wandte sich den Kellnern zu. „Bringen Sie ihm dasgleiche wie mir. Ver- standen? Und rasch; ich verhungere. Vorwärts!“ Der Kellner drehte sich hastig um und floh.

15.

Der Besitzer der „Ewigen Stadt“ wuschte sich mit der Serviette die schweißende Stirn und begann etwas hastig Konversation zu machen. Ich erriet, er wolle sein Diner genießen und in der Zwischenzeit nur von angenehmen Dingen reden. Ich will Ihnen von dem Film erzählen, Herr Zimmermann, dessen Aufnahmen wir uns nachher ansehen werden. Ich möchte, daß Sie begreifen, in welchem Maßstab wir arbeiten, wenn es sich um große Themen handelt. Wir stellen ein Nachbild, eine Mobbzene.“

„Mobbzene?“ fragte Zimmermann. „Ihr habt in eurer Welt so viele Mobs.“

„Freilich,“ entgegnete T. S. „Man muß die Welt nehmen, wie man sie findet, kann die menschl- iche Natur nicht ändern. Aber, was Sie heute abend sehen werden, ist ein Mobbstüd, verstanden?“

„Das ist es ja gerade, was mir so seltsam vorkommt,“ sprach der andere sinnend. „Der Mobb gefällt euch so gut, daß ihr imitierte Mobs macht.“

„Die Leute sehen im Film gern große Mas- sen, außerdem verlangen sie Handlung. Will man einen großen Film bringen, so heißt es Geld aus- geben.“

„Warum nehmen Sie dazu nicht die Leute, die hier vor der Tür stehen?“

„Dahaba! Mit denen könnten wir wenig an- fangen, Herr Zimmermann! Alles muß klappen, und nimmt man einen wirklichen Mobb, so kommt oft das Erwünschte nicht heraus. Außerdem braucht man für Nachtaufnahmen die rechte Beleuchtung usw. Nein, nein, wir müssen unsere eigenen Mobs herstellen; wir haben zweitausend Kerle.“

„Sind das die Leute, die Herr Kolythe Sta- tisten nennt?“

„Ja, deren könnten wir zehntausend bekom- men, wenn wir für sie Platz hätten. Der Film heißt „Die Geschichte zweier Städte“ und spielt während der französischen Revolution. Er handelt von einem Kerl, der die Stelle eines anderen Kerls einnimmt und dem der Kopf abgeschlagen wird. Ein herrliches Mobbstüd! Als mir das Ma- nuscript gebracht wurde, fragte ich: „Wer ist der Verfasser?“ „Ein Mann Namens Charles Di- lens.“ „Dilens?“ ich sagte, die Arbeit gefällt mir. Was ist seine Adresse?“ Und Lipshy flarte mich auf: „Er wohnt in der Westminster-Abtei in London.“ „Gut,“ meinte ich, „wir wollen ihm ein Kabeltelegramm schicken, fragen, was er für das Aufführungsrecht verlangt.“ Wir schickten also ein

Kabeltelegramm an Charles Dilens, Westminster- Abtei, London, England, belamen aber keine An- wort. Und die Schauspieler lachten sich krumm über den alten Ahey, weil dieser Dilens ein Kerl aus den alten Zeiten ist und bloß seine Knochen in der Westminster-Abtei wohnen. Sie sollen nur lachen; wie zum Teufel kann ein Mensch wie ich Zeit finden, etwas über Schriftsteller zu erfahren? Noch vor zwölf Jahren schoben Mutter und ich einen Karren, auf dem alte Hosen zum Verkauf lagen, und wußten nicht, was bei einem Buch oben oder unten ist. Nicht wahr Mutter?“

Mutter bestätigte dies, doch in weniger be- geistertem Ton als ihr Gatte. Es gab fünf kleine T. S., etliche davon schon fast erwachsen, und um derentwillen wäre es gut, die Vergangenheit be- graben sein zu lassen, in der Westminster-Abtei oder wo sonst immer sie lag.

Der Kellner brachte das Diner und servierte. T. S. band die Serviette vor, nahm Messer und Gabel zur Hand, atmete tief und sprach: „Lebt wohl, ihr Leute. Ich werde euch später wieder sehen.“ Und er machte sich an die Arbeit.

16.

Fünf Minuten lang erlönte kein anderes Ge- räusch als das der Speisen, die in eines Mannes Mund geschoben und hinuntergeschluckt wurden. Dann hörte dieser Mann plötzlich zu essen auf, stemmte die Hände gegen den Tisch, daß Messer und Gabel emporkamen, und rief: „Herr Zimmer- mann, Sie essen ja nichts!“

Der Fremde, der anscheinend in einen Traum versunken gewesen war, kam jählings zu sich. Er blickte auf die vielen Speisen auf dem Tisch. „Wenn Sie mir nur erlauben wollten, ein wenig davon den Leuten hinauszutragen,“ sagte er bittend. T. S. hobte herrlich auf den Tisch. „Essen Sie Herr Zimmermann, essen Sie, sage ich

Ihnen!“ Er sprach, als rede er mit einem der kleinen T. S. und seltsamerweise geordnete Zim- mermann. Er nahm ein Stück Brot, begann da- von abzubeißen, und T. S. machte sich wieder an die Arbeit.

Nach weiteren stumm verbrachten fünf Mi- nuten hörte der Filmkönig abermals zu essen auf, mit einem Ausdruck des Entsetzens auf dem Ge- sichte. „Mein Gott! Er weint ja!“ Und wirklich, zwei große Tränen rollten über die Wangen des Fremden auf das Brot nieder, von dem er eben abbiß.

„Hören Sie, Herr Zimmermann,“ rief T. S. „Wenn es wegen der Streifer ist...“

„Verzeihen Sie, aber...“

„Aber Mensch, weshalb wollen Sie sich denn Ihr Diner wegen einer verdamnten launigen Bande von Tagedieben verderben lassen?“

„Ahey, wie kann man vor seinen Gästen so reden!“ rief Mutter.

Und dann sprach plötzlich Mary Magna. Es war seltsam, obgleich es mir erst später auffiel: Mary, die übermütige, hatte seitdem wir den Schönheitsalon verlassen, kein Wort gesprochen. Mary, die stets das Leben aller Festlichkeiten war, sah da wie eine Frau, die den Geist eines toten Kindes geschaut hat; ihre Augen hingen an Zim- mermann, sie versuchte anscheinend in seine Ge- danken einzudringen.

„Ahey,“ sagte sie mit einer Leidenschaftlichkeit, die ich noch nie an ihr bemerkt hatte, „vergessen Sie für einen Augenblick Ihr Essen; ich möchte euch etwas sagen. Hier ist ein Mensch, das Herz voller Liebe für die anderen Menschen, während Sie und ich nur daran denken, wieviel Geld wir aus ihnen herauskriegen können. Ein Mensch, der wirklich eine Religion hat — und Sie wollen aus ihm eine Klappe machen! Versuchen Sie, dies in Ihr Gehirn dringen zu lassen, Ahey.“ (Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Was ist's mit der ständigen Konsumentenenquête?

Mit der Beseitigung der letzten Reste der staatlichen Wirtschaft ist der Wirkungsbereich des Ernährungsministeriums immer mehr eingeschränkt worden. Schon bei der Bildung des Ministeriums Beneš im Herbst 1921 wurde daher die Leitung des Ernährungsministeriums dem Postminister anvertraut, um eben einen Minister zu ersparen. Bei den Verhandlungen, die der Bildung des Ministeriums Dreha vorausgingen, bestand die Absicht, das Ernährungsministerium überhaupt aufzulassen, und eine Sektion für Volksverpflegung beim Ministerium für soziale Fürsorge oder beim Gesundheitsministerium einzurichten. Damit aber eine Stelle bestünde, wo die Interessen der Konsumenten zum Ausdruck kommen, sollten Konsumentenkommissionen geschaffen werden, die das Gegengewicht insbesondere gegen die Handels- und Gewerbekammer bilden sollten. Weil sich aber die Agrarier gegen diese neue Institution aussprachen — fürchteten sie doch die Beschneidung ihrer Gewinne — fand man den Ausweg die Konsumentenkommission nicht zu errichten und so dem Diktat der Agrarier zu weichen, dafür aber das Ernährungsministerium beizubehalten. Als Ersatz für die Konsumentenkommission wurde nun vom Ernährungsministerium eine ständige Enquete der Verbraucher ins Leben gerufen, in der die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei durch den Genossen C e r m a k, die Großhändlergesellschaft der Konsumvereine durch Genossen P a n t r a e z e l l y vertreten ist.

Dieser ständigen Enquete geht es so wie vielen anderen Institutionen, die in der Tschechoslowakei ins Leben gerufen werden. Sie wurde durch eine Verordnung geschaffen, tritt aber nicht zusammen. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr dem Wirtschaftsrat, dem noch älteren Bruder der ständigen Ernährungs-Enquete, der voriges Jahr im Dezember auf dem Verordnungswege errichtet wurde, bis heute aber nicht ernannt ist. Dabei machen es die Preisverhältnisse, die wiederkehrende Teuerung, die dem kurzen und nicht gerade übermäßig starken Nachschub des Preisabbaues gefolgt ist, die Einberufung der ständigen Enquete der Konsumenten zur Notwendigkeit. Selbst der mächtigste Landwirtschaftsrat, der vor einigen Tagen zusammengetreten ist, hat den Beschluß gefaßt, beim Verpflegungsministerium einzuschreiten, um einen gleichmäßigen Preisabbau in der gesamten Republik zu ermöglichen und auch der agrarische „Berkov“ hat die Regierung aufgefordert, sie möge sich bemühen, daß der Preisabbau auch anderswo nicht nur in Mähren — kräftig unterstützt werde. Der Verpflegungsminister Dr. P r a n e k hat überdies einem sächsischen Journalisten gegenüber erklärt, daß das Ernährungsministerium nunmehr die Aufgabe hat, nicht mehr die Bevölkerung mit Waren zu versorgen, sondern auf die Preise einen bestimmenden Einfluß zu üben. Wenn es dem Verpflegungsministerium wirklich ernst ist mit seiner Absicht, dann muß es die ständige Enquete schleunigst zusammenberufen, um den Vertretern der breiten Massen der Verbraucher Gelegenheit zu geben, dort im Interesse der Konsumenten zu wirken und zu sagen, was im Interesse der Konsumenten ungeschehen zu geschehen hätte. Es ist also höchste Zeit, daß diese Beratungsstelle sofort zusammentritt, sonst wird die Bevölkerung nicht wissen, warum es überhaupt ein Ernährungsministerium gibt.

Freigabe der zurückgehaltenen Banknoten. Das Finanzministerium hat eine Regierungsverordnung zur Freigabe und Auszahlung von Einlagenscheinen auf zurückgehaltene Banknoten erlassen und den Ueberbruch auf diesen Scheinen sowie die Auszahlung des Ueberbrusses aus der Vermögensabgabe sowie die gesperrten Kassenanweisungen freigegeben. Nach den Informationen der „Ed. Roviny“ wurde festgesetzt, daß diese Freigabe-Verordnung für jene Personen zur Anwendung gelangt, die nachweisen können, daß sie nicht der Vermögensabgabe unterworfen sind oder dieselbe bereits bezahlt haben. Die Freigabe wird grundsätzlich nur auf Ansuchen der betreffenden Personen durchgeführt, doch ist es auch möglich, daß der Staat den freigegebenen Teil der Einlage für die Bezahlung nichtgezahlter Steuern usw., welche die betreffende Person dem Staate noch schuldet, mit Beschlag belegt.

Streik in der elektrischen Ueberlandzentrale in der sächsischen Oberlausitz. W a r n s d o r f, 10. November (Eigenbericht). Heute Nachmittag fanden in Hirschfeld bei Jittau Lohnverhandlungen statt, welche jedoch scheiterten. Infolgedessen traten abends viertel acht Uhr die Arbeiter in den Ausstand, sodaß große Teile von Nordböhmen und Sachsen ohne Licht und Strom sind.

Deutschlands Kohlenlieferungen. Wie schwer Deutschlands Kohlenlieferung an Frankreich auf dem Lande lastet, geht aus folgenden Mitteilungen der Berliner Handels- und Industriezeitung hervor. Danach sind in den Monaten Juli, August, September Millionen Tonnen ausländischer Kohle nach Deutschland eingeführt worden, davon allein 6 Millionen Tonnen aus Ländern mit hoher Valuta. Der Preis für diese eingeführten Kohlenmengen betrug 150 Millionen Goldmark oder 37 Milliarden Papiermark. An die Entente sind 4,4 Millionen Tonnen Kohlen abgeführt worden. Das ist also fast genau so viel, als wie die gesamte Einfuhr fremder Kohle nach Deutschland beträgt. Während Deutschland diese Einfuhr aber mit hoher Valuta bezahlen muß, wird für deutsche Reparationskohle auf der anderen Seite nur ein Drittel oder höchstens die Hälfte des Wertes auf Reparationskohle gutgeschrieben. Die unerhörte Auspressung des

deutschen Volkes tritt dann erst ins rechte Licht, wenn man erfährt, daß die Transportkosten für Kohlen uns allein 9 Millionen Franken monatlich gekostet haben.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	2200.00	Schw. Franc	617.50
Berlin	232.41	Mark	232.41
Wien	2350.00	Scherr. Kr.	2350.00

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 Hoff. Gulden	1234.50	1238.50
100 Prager	031.50	031.50
100 Schweiz. Franc	570.00	570.00
10 Lire	134.00	135.50
100 Franz. Francs	204.50	206.00
1 Pfund Sterling	140.25	141.75
1 Dollar	3145.00	3185.00
100 Belg. Francs	186.00	188.00
100 Dinar	50.87	51.87
100 Scherr. Kronen	003.95	004.95
100 poln. Mark	014.50	024.50
100 ungar. Kronen	123.75	133.75

Züricher Schlusskurse.

Berlin	007.00	Paris	3570.00
Wien	000.74	Mailand	2360.00
Prag	17.30	Budapest	023.00
Holland	213.75	Karam	222.50
New York	547.00	Warschau	003.00
London	2442.00	Wien gest.	000.00

Kunst und Wissen.

Ernst Deutsch, der Donnerstag einen Vortragabend im Mozarteum veranstaltete, hat genau so seine festig Prager Gemeinde wie Ludwig Hardt, man lauscht ihm mit gleicher Verzückung und jubelt ihm, dem Munde der heimischen jüdischen Bourgeoisie, ebenso stürmisch zu. Trotzdem vermag er den unbefangenen kritischen Blick nicht völlig zu enttarnen, weil die Grenze allzu fühlbar ist, an welcher bei ihm die echte Leidenschaft aufhört und das Gewollte anhebt, weil also Können und Impuls noch nicht zur Einheit fertiger Meisterschaft ver wachsen sind. Anders wäre es nicht zu begreifen, wie uns Deutsch Fontanes „Barbara Allan“ in einem dünnen, sad-sentimentalen Aufzuge darbieten kann, indes der Dichter in diesem Wunderwerk deutscher Balladenkunst die gedemütigte, verschmähte Liebe einer stolzen Frau sich zur Raube emporreden läßt an dem, der ihr so fürchtbar wehgetan, mag auch jedes der kalten Worte, mit dem Barbara den kranken John Graham ißt, ihr eigenes Herz messerscharf durchbohren. Ein glühendes Herz in die Eisechicht der Gleichgültigkeit gehüllt, auf daß die bitter-süße Raube voll und ganz ausgekostet werde, — das mag, wie einen Dichter, so auch einen Vortragenden darzustellen liden, doch Deutsch ging mit dem billigen Effekt des Hingehauchten-Süßen an der Aufgabe vorbei. Es tut not, diese Wahrheit einem jungen Künstler offen zu sagen, den überreizte Bewunderer mit der Größten Einem, mit Josef Kainz, zu vergleichen wagten, und sie bestätigte sich an demselben Abend noch ein zweites Mal, nämlich bei der Vorlesung von Wildes hohndoll ironischem Märchen „Rachigall und Rose.“ Im übrigen sei willig zugegeben, daß Deutsch Leidenschaft und Können wirklich sein eigen nennt: er traf ebenso den herb-berühmenden, schaurig kalten Klang, welcher der Meisterschen Erzählung „Das Bettelweib von Locarno“ angemessen ist, wie die reiche Stala von Tönen, um Marc Antons Grabrede auf Julius Cäsar zur Anklageansatz zu steigern, und aus seiner Wiedergabe von Beer-Hofmanns „Schlaflied für Mirjam“ raunt alle Mythe des Blutes und der jüdischen Rasse. Gleichwohl war, was der Vortrag von Wersels Hofkapell gegen den Krieg bestätigte, Hymn des Abends schwächster Teil, die große dramatische Szene scheint Deutsch am besten zu liegen. Wer es mit ihm ehrlich meint, sollte deshalb nicht vorbehaltlos allem zujubeln — aber das Prager Bürgertum will eben seinen Kainz haben. K.

Neues Theater. Heute den 11.: Die Buccini-Einakter; Sonntag, den 12.: nachmittags Arbeiter-Vorstellung „Die schöne Helena“, abends „Die Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, den 11.: „Bouwan“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Der Wertwolf“, abends „Papa“.

Urania.

„Die Jungfrau von Orléans“, Schillerfeier der „Urania“. Samstag, den 18. Nov., halb 3 Uhr, Neues Deutsches Theater. Logen 25—55 K, Sitzplätze 3.50—13 K, Urania-Kanzlei und Nikolander-Realschule.

Professor Werner Combari-Berlin: „Die Weltwirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Montag, den 13., 8 Uhr,

veranstaltet vom Verband der Bank- und Sparkassenbeamten und der Urania. Karten 10—6 K, Mitglieder Ermäßigung. Urania-Kanzlei.

1. Urania-Kulturfilm-Vorführung. Montag, den 13., dreiviertel 2 Uhr, Bio „Zansouci“: „Wild-Afrika“. Dieser einzigartige Kulturfilm hat bei der Leipzig Naturforschertagung das größte Aufsehen erregt. Karten 2—5 K. Urania-Kanzlei. Vorwerkungen in den Schulen heute.

Heute, 4—6 Uhr. Kurse Prof. Bruschka. Halb 7 Uhr „Kunst- und Kulturgeschichte der Griechen und Römer“ (mit Lichtbildern), Prof. Dr. Wil. Einzelkarten 2 und 3 K.

Dienstag, den 14., 6 Uhr: Urania-Kino-Vorstellung (Bio Alma) „Lady Hamilton“ und „Die Hygiene der Ehe“.

Dienstag, den 14., 8 Uhr: „Eigene Dichtungen“, Franz Wersel.

Mittwoch, den 15., 8 Uhr: Vorlesung Waldemar Bonfels, veranstaltet vom Frauenfortschritt in der „Urania“.

Donnerstag, den 16., 8 Uhr: Volkstümliches Konzert zu populärsten Preisen: Münchener Streichquartett (zum ersten Male in Prag). Karten 5—9 K, Mitglieder 3—7 K.

Freitag, den 17., 8 Uhr: „Gedrucktes und Ungedrucktes“, Vorlesung von Anton Wildgans.

Sonntag, den 19., 4 Uhr: „Dänemark, Land und Leute“ (mit Lichtbildern), 4. Vortrag „Im Walde durch die Welt“, Fred J. Domes. — Außerdem sämtliche Kurse des Bildungsinstitutes.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieder Ermäßigung: Urania-Kanzlei.

Turnen und Sport.

Schwerathletik. Keine Ringlampf-Weltmeisterschaften 1923? Wie das „Sport-Tagblatt“ meldet, hat die International Amateur Wrestling Federation (Internationaler Amateur-Ringer-Verband) beschlossen, im kommenden Jahre keine Weltmeisterschaften austragen zu lassen. In Zukunft werden nur alle zwei Jahre diese Konkurrenz, und zwar in sechs Körpergewichtsklassen, zur Durchführung gebracht werden. Die nächsten Weltmeisterschaften finden 1924 in Paris statt, für 1926 sind sie an Athen abgegeben worden. Die Federation umfaßt nunmehr die Verbände von dreizehn Nationen: Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, England, Holland, Schweiz, Frankreich, U. S. A., Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Reger Baitling Elki, welcher Carpentier geschlagen hat, ist von der französischen Boxerföderation für neun Monate disqualifiziert und ihm der Titel eines Champions Frankreichs im Halbschwergewicht entzogen worden.

Eingelendet.

Die deutschen Sozialdemokraten und die Arbeiterunfallversicherungs-Anstalt.

Ich habe mir durch den Gang des Strafverfahrens in der Ehrenbeleidigungssache des Herrn Bürgermeisters Bartel in Rumburg die Ueberzeugung verschafft, daß der Inhalt des von dritter Seite verfaßten und mir zur Veröffentlichung übergebenen Artikels im Abendblatt der „Reichenberger Zeitung“ vom 13. April 1920 mit der Ueberschrift „Die deutschen Sozialdemokraten und die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt“ unrichtig ist.

Keine Angst

„Keine Angst“ ist ein wertvolles, leicht verständliches, aber sehr interessantes Buch, das die Arbeiter in der Provinz und in den Städten über die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Kenntnis setzt. Preis 1.00 K. In allen Buchhandlungen erhältlich.

Kub & Kretsch

Likoriabrik

Teplitz-Schönau.

Egger & Co.

Prag-Karlin, Královská tr. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren,
Eggers Milch- und Kaffeekekarnellen,
Eggers 140er Poppormint 544
in allen Konsumvereinen erhältlich.

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

In einer Stunde
Das Ideal
Philosophie
Weltanschauung
Kunstgeschichte
Wissenschaft
Deutsche Literatur
Physik, Chemie
Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schödtler, Alabund, Laffac-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden K 9.00. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18.

und die in dem Artikel gegen den Herrn Bürgermeister Bartel in Rumburg in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Prag erhobenen Anschuldigungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich stehe deshalb, nachdem ich von dem Verfasser des Artikels selbst getäuscht worden bin, nicht an, in loyaler Weise mein Bedauern darüber auszusprechen, daß Artikel zum Abdruck gebracht zu haben. — Für die Redaktion der „Reichenberger Zeitung“: Dr. Felster. 1187

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK'S TEE PRAG

Wiskott-Spiegel-Reflektoren.

Nahezu alle gebräuchlichen künstlichen Lichtquellen senden ihre Lichtstrahlen fast gleichmäßig in alle Richtungen des Raumes. Das ist für die meisten praktischen Verwendungszwecke unwirtschaftlich. Deshalb benutzt man von jeher Vorrichtungen, — Reflektoren genannt — die dazu dienen sollen, möglichst den ganzen Lichtstrom dorthin zu lenken, wo das Licht tatsächlich benötigt wird. Je besser der Reflektor konstruiert ist und je sorgfältiger die theoretisch beste Konstruktion praktisch ausgeführt ist, umso vollkommener wird der Zweck erreicht, d. h. umso wirtschaftlicher wird die Beleuchtung gestaltet. Der Wiskott-Spiegel-Reflektor bedeutet in dieser Richtung einen ganz außerordentlichen Fortschritt. Nach mathematischen Grundrissen konstruiert, aus einem praktisch unzerbrechlichen, hitze- und wasserbeständigen Material, einem Porzellan-Element, auf das sorgfältigste hergestellt und mit einer glänzend polierten Silberfläche von höchster Reflektionswirkung überzogen, ist der Wiskott-Spiegel-Reflektor in Verbindung mit einer gasgefüllten Caram-Nitra-Lampe das ideale Mittel, für die verschiedensten Zwecke die beste elektrische Beleuchtung bei geringstem Stromverbrauch zu erzielen. Für große Fabriksäle, wie für kleine Werkstätten, für Büroräume, für Straßen und Plätze, Theater, Schaufenster usw. sind Spezialmodelle der Wiskott-Spiegel-Reflektoren konstruiert, die denen auch auf künstlerische Ausgestaltung Rücksicht genommen ist. Jedes einzelne Modell ist außerdem zu vielfacher Verwendungsart geeignet, da die Verstellbarkeit der Lampenfassung eine Ausdehnung der beleuchteten Flächen oder eine Zusammenfassung des Lichtkegels auf eine kleinere Fläche gestattet. 1102a

Ab, ein großartiges Filmtitel mit Chaplin erzielte im „Obezda“ beispiellosen Erfolg, weshalb die 3. Wiederholung erfolgen muß. 1185a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Knaben-
Schulanzüge, waschbar, 3—12 Jahre . . . K 30[—]

Knaben-
Marino-Anzüge, blau, Cheviot, 3—12 Jahre . . . K 80[—]

Knaben-
Sport-Anzüge, Modecheviot, 3—12 Jahre . . . K 95[—]

Knaben-
Anzüge aus dem bekanntesten, dauerhaft, Kordant v. K 135[—]

Knaben-
Westenanzüge mit Wollserge von . . . K 190[—]

Knaben-
Kimonoraglan, 3 bis 12 Jahre . . . K 170[—]

Knaben-
Winterröcke von K 150[—]

Knaben-
Leder-Anzüge von K 500[—]

Lederhosen von K 220[—]

Velvethosen von K 45[—]

Bessere und feinste Anzüge, Raglans und Winterröcke lagernd.
Die Umsatzsteuer wird nicht zugerechnet. Muster und Preislisten werden nicht versendet. Auswahlsendungen werden nicht effektuiert. Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko. Nichtkonvenientes wird umgetauscht, oder der Betrag retourniert.

Konfektionshaus
Sigm. Stránský
Prag, Kyberská.